

## **Sammeldatei der „Nachrichtenecke“ auf...**

[www.traditionsverband-logistik-rheine.info](http://www.traditionsverband-logistik-rheine.info)

und

[www.bahnjdbund.de](http://www.bahnjdbund.de)

**für den Zeitraum Oktober 2018 bis Juni 2022.**

Kommentierungen der Informationen durch den Webmaster sind im Original durch Kursivdruck kenntlich gemacht. Diese sind in dieser Kopie nicht mehr erkennbar, deshalb sei hier besonders vermerkt, dass hier auch persönliche Kommentare in die Nachrichten eingebettet sind. Die Nachrichten können natürlich nur eine Auswahl darstellen. Besonderer Schwerpunkt liegt auf den organisationsgeschichtlichen Fakten.

Hauptinformationsquellen sind das Organ des Reservistenverbandes "Loyal", der "Newsletter Verteidigung", der InfoBlog "Augengeradeaus" von Thomas Wiegold und die Sendereihe "Streitkräfte und Strategien" des NDR.

**Die Nachrichtenecke spiegelt den jeweils aktuellen Stand, der immer wieder durch neue Entscheidungen und Entwicklungen modifiziert wird. Es wurde aber darauf verzichtet, im Rückblick Korrekturen vorzunehmen und nicht mehr gültige, oder zu einem früheren Zeitpunkt unvollständige oder unzutreffende**

## **Informationen an den gegenwärtigen Informationsstand anzupassen!**

Mai- Juni 2022

In ungewohnter Breite sind im Frühjahr sicherheitspolitische Themen in der Öffentlichkeit diskutiert worden, wie man das bisher nicht kannte. Politiker mit bisher großer Distanz zum Militär wurde binnen kürzester Zeit zu Waffenexperten und Advokaten für Waffenlieferungen an die Ukraine.

Die Brutalität der russischen Kriegführung hat die nach wie vor vorhandenen pazifistischen Kräfte und Stimmungen in ihrer Wirkung beschränkt, allerdings lassen die ökonomischen Rückwirkungen und Ängste vor einer nuklearen Eskalation, Zweifel an der Resistenz der Bevölkerung im Westen geboten erscheinen. Jüngste demoskopische Untersuchungen vom Juni lassen erkennen, dass die Anhänger der Grünen für einen besonders harten Kurs gegenüber Russland plädieren, während dies bei sozialdemokratischen Wählern und im Osten der Bundesrepublik weniger ausgeprägt ist. In den klassischen und neuen Medien wird umfassend über den Verlauf des Krieges in der Ukraine diskutiert und es gibt ein großes Angebot an Informationen. Diese Nachrichtenecke kann nur eine kleine Auswahl der Themen beleuchten und kommentieren.

Ein kontroverses Thema war natürlich die deutsche Haltung zu Waffenlieferungen an die Ukraine. Maßgeblich zum bisherigen Abwehrerfolg der ukrainischen Streitkräfte haben die weniger in der Öffentlichkeit diskutierten Beiträge der USA und Großbritanniens durch Ausbildungshilfe in den Vorjahren, Unterstützung durch strategische Information und massive Militärlieferungen beigetragen. Die in Deutschland sehr zögerlich beschlossenen Zusagen zur Lieferung von 7 Panzerhaubitzen 2000 und 50 ausgemusterten Flugabwehrpanzern Gepard inkl. Ausbildung und Munition sowie die Unterstützung von Ringtauschlieferungen zur Kompensation von Lieferung ehemals sowjetischen Geräts durch Partner im Osten an die Ukraine durch deutsches Gerät sind quantitativ eher marginal. Sicher ist der Gesamtumfang deutscher Lieferungen auch nicht vollständig transparent. Interessant für den langjährigen Beobachter deutscher Streitkräfte war sicherlich das Vorhandensein von noch größeren Beständen älteren Geräts in den Depots und vor allem bei der wehrtechnischen Industrie. Es sind noch ca. 390 Schützenpanzer Marder im Buchbestand der Bundeswehr, die auch noch vier Bataillone bestücken müssen. Unklar ist, ob die 100 nun für die Ukraine von Rheinmetall reaktivierten Marder in diese Zahl eingeschlossen sind. Die 88 Leopard I bei Rheinmetall sind ein Rest der ca. 2400 Kampfpanzern dieses Typs, die in den Jahren 1964 bis 2004 bei der Bundeswehr in der Nutzung waren. Etliche sind an verschiedene Länder geliefert worden, u.a.

in Südamerika, aber es gab auch viele andere ehemalige Leo I-Nutzer, die ihre Exemplare noch vermarktet haben. Viele heutige Leo I-Nutzer dürften aber auch zu den gegenüber Russland nicht eindeutig positionierten Staaten gehören und kämen für Ringtausch wohl kaum in Frage. In den 90er Jahren waren noch die umfassenden Verschrottungsaktionen des Geräts der NVA und älterer Bundeswehrpanzer gern von offizieller Seite herausgestellt worden. Sehr viele Systeme tauchten aber auch bei verbündeten oder befreundeten Staaten wieder auf, wie die jetzt für den Ringtausch erwogenen griechischen BMP-Schützenpanzer der NVA, die ursprünglich in den 90er Jahren noch für Weiterverwendung bei den Panzergrenadieren Nutzungsdauerverlängert worden waren, dann doch wegen Problemen mit der Verkehrszulassung an den Partner im Süden abgegeben wurden. Die große Bedeutung der Artillerie in den laufenden Kämpfen machen natürlich den Entwicklungsstand der Führungsinformations- und Aufklärungssysteme deutscher Artillerie (ADLER, COBRA) interessant und es verwundert etwas, wieso die Medien noch nicht nach dem Verbleib von den ausgemusterten fast 600 Panzerhaubitzen M 109 G (Ersteinführung um 1965), jeweils über 200 Feldhaubitzen 155-1 (FH 70, eingeführt um 1980) und schweren Feldhaubitzen M 110 (203 mm, eingeführt um 1965) gefragt haben. Auch von den jetzt in den Waffenlieferungen des Westens hoch gehandelten Mehrfachraketenwerfer MARS waren vor drei

Jahrzehnten 150 an die Bundeswehr geliefert worden und werden nur noch ca. 40 genutzt oder gelagert.

Nach längeren Auseinandersetzungen zwischen der Koalition und Opposition über die Verwendung und Tilgung des 100 Mrd. € umfassenden Sondervermögens (=Sonderschulden) kam ein gemeinsamer Beschluss zustande, der auch eine Grundgesetzmodifikation vorsieht. Näheres in der Rubrik „Newsletter“ auf "Fokus

Bundeswehr im Münsterland" ([Newsletter - Fokus Sicherheitspolitik im](#)

[Münsterland \(bahnjdbund.de\)](#)) . Im Zeitraum von fünf Jahren soll diese Summe dafür verwendet werden, um die Versäumnisse der letzten Jahre im Bundeswehretat zu kompensieren und vor allem für Beschaffungen zu nutzen. Dabei sollen 41 Mrd. € für die Luftwaffe, 19 Mrd.€ für die Marine und 16 Mrd.€ für das Heer verwendet werden. Allerdings kommen 20 Mrd. für Digitalisierung und Verbesserung der Führungsfähigkeit allen Teilstreitkräften zugute und im Luftwaffenanteil stecken natürlich auch erhebliche Investitionen in die Bodenluftverteidigung. Dennoch sollte die Frage der Kosteneffektivität weniger, aber sehr teurer schwimmender und fliegender Systeme im Gefecht nicht ganz außer Acht gelassen werden, solange nicht genügend kaltstartfähige Landstreitkräfte zur Verfügung stehen, die allein den Raum halten und zurückgewinnen können. Und Sanität und Logistik darf man auch nicht vergessen. Immerhin ermöglichen die Finanzmittel jetzt die Beschaffung von 35 F 35 für die nukleare Teilhabe, die in Büchel stationiert werden. Die Basis wird gerade renoviert und umgebaut. Die SEAD-Rolle sollen noch zu

entwickelnde 15 ECR-Eurofighter übernehmen. Im Zusammenhang mit den Sondervermögen steht auch die Entscheidung zur Beschaffung von 60 CH 47 Chinook als schwere Transporthubschrauber. Die höhere Stückzahl gegenüber nur 40 finanziell möglichen CH 53 K als Konkurrenzmodell gaben wohl den Ausschlag. Über die Puma-Nachfolge gab es noch keine Angaben und offen bleibt, ob eine größere Zahl von Boxern für die geplanten mittleren Kräfte bevorzugt wird. Die Ausstattung und Verdoppelung der Artillerie wurde auch noch nicht thematisiert. Immerhin beginnt das Beschaffungsprogramm mit einer schnellen Ausstattung mit persönlicher Ausrüstung für alle Soldaten (u.a. Funksprechgeräte, integrierte Gefechtshelme, bessere Rucksäcke etc.) Das Sondervermögen muss nachhaltig mit einer mittelfristigen Finanzplanung für einen Verteidigungsetat im Rahmen der 2%-Zusage auch nach 2027 unterlegt sein, sollen Personalkosten, Betriebskosten und Inflation die Vorhaben nicht in Frage stellen. Die Summe von 100 Mrd. ergab sich rechnerisch aus der Differenz zwischen dem 202 Mrd.-Kostenansatz für die Realisierung des schon länger geplanten Fähigkeitsprofils im Rahmen der NATO und den nur mit 10 Mrd. anzusetzenden jährlichen Investitionen in 10 Etatjahren. Weniger publiziert werden die massiven Anstrengungen der NATO-Partner, ihre Präsenz an der Ostflanke zu erhöhen. Deutschland verstärkt sein Engagement in Litauen und das Airpolicing im Baltikum und Rumänien. Neu ist eine von Deutschland geführte Battlegroup und

Flugabwehrkräfte in der Slowakei. Die maritime Präsenz in der Ostsee und im Atlantik wurde verstärkt. Der absehbare Beitritt Schwedens und Finnlands trotz türkischen Widerstands wird die Lage der NATO in der Ostsee verbessern. Bei den laufenden Übungsaktivitäten sind Begegnungen mit russischen Streitkräften unvermeidlich. Es wird aber vermeldet, dass es hier auf beiden Seiten eine Tendenz zur Vermeidung von Zwischenfällen gibt, da keine Seite an einer Eskalation gelegen sei. Russland hatte auch Raketentests ihrem amerikanischen Gegenüber mitgeteilt. Über geheime Verbindungen und Verhandlungen wird naturgemäß nicht berichtet, sind aber anzunehmen. Die Iskander-Raketen in Kaliningrad sind wegen der russischen Engpässe nach Süden abgezogen worden.

Das BMVg plant die Aufstellung eines zentralen Führungskommandos für alle Einsätze in Deutschland, das sich aus einer Fusion von Aufgaben des Streitkräfteunterstützungskommandos und des Kommandos territorialen Aufgaben ergibt. Das Kommando wird für alle Einsätze auf deutschen Boden, Heimatschutz, Unterstützung der alliierten und deutschen NATO-Kräfte und die Rolle des höchsten nationalen Befehlshabers zuständig sein.

In der SKB sind weitere 1000 Dienstposten für ein zusätzliches Logistikbataillon, 700 für die ABC-Abwehr und 200 für die Feldjäger vorgesehen.

April 2022

Das im Rahmen der sicherheitspolitischen "Zeitenwende" (Kanzler Scholz) vorgesehene grundgesetzlich abgesicherte Sondervermögen von 100 Mrd.€ wird von Koalition und Opposition kontrovers diskutiert. Die CDU verlangt mehr Mitsprache bei der Verwendung der Mittel und eine dauerhafte Absicherung des 2%-Zieles im Haushalt. Sie will verhindern, dass aus dem Vermögen mit den Argumenten einer erweiterten Sicherheitspolitik unter dem Druck der Linken in der Koalition Mittel für nicht-militärische Vorhaben in der Entwicklungshilfe, Zivilverteidigung oder Umweltpolitik verwendet werden. SPD-Fraktionsvorsitzender Mützenich hatte in einem Interview abgelehnt, künftigen Generationen den Militäretat vorzuschreiben.

Die Bundesregierung wird eine Lieferung von 50 bei der Industrie abgestellten Flugabwehrpanzern Gepard in die Ukraine genehmigen. Diese waren ab 1978 an die Truppe ausgeliefert und vor über 10 Jahren mit der Auflösung der Flugabwehrtruppe des Heeres abgestellt oder an NATO-Partner (z.B. Rumänien) und befreundete Staaten (Brasilien) abgegeben worden. Für eine Rolle als Flugabwehrsystem wäre eine Modernisierung der veralteten Feuerleitelektronik unabdingbar. Die Heeresflugabwehrtruppe hatte ihre FlaPz allerdings auch immer für den Erdkampf vorgesehen. Ein Problem dürfte die Beschaffung der 35-mm Munition für die in der



Schweiz entwickelten Schnellfeuerkanonen sein. Da wird die Ukraine wohl auf andere Gepard-Nutzer-Staaten wie Brasilien zurückgreifen müssen. Weiterhin soll das Prinzip des "Ringtausches" fortgesetzt werden, bei dem NATO-Partner bei ihnen noch in Nutzung befindliche sowjetische Systeme wie Kampfpanzer T 72, Schützenpanzer BMP oder Geschütze an die Ukraine liefern und dafür aus Deutschland Ersatz erhalten. Die Niederlande werden eine kleine Zahl von modernen Panzerhaubitzen der Ukraine zur Verfügung, wofür allerdings eine Ausbildung in Deutschland erforderlich ist, die schon für die niederländische Artillerie praktiziert wurde. Hintergrund ist, dass die Niederlande ihre eigentlich moderne Artillerie auf ein Bataillon reduziert haben und aus der Panzertruppe bis auf eine Kompanie in einem deutsch-niederländischen Bataillon fast ganz ausgeschieden sind. Bei der Abgabe der Panzerhaubitzen geht es also nicht um ausgemusterte Altsysteme.

Es besteht ein Dissens in der politischen Landschaft und auch innerhalb der Regierungskoalition über die Frage der Lieferung schwerer Waffen an die um ihre staatliche Existenz kämpfende Ukraine. Dabei dreht es sich immer wieder um die mögliche Lieferung aus Beständen der Bundeswehr oder der Industrie, wo noch ältere Systeme abgestellt sind. Im Mittelpunkt steht immer wieder der Schützenpanzer Marder, von dem es noch ca. 390 Exemplare im Bestand der Bundeswehr gibt und seit Mitte der 2000er Jahre bei der Bundeswehr nicht mehr genutzte Leopard I, für welche die Industrie eine Überholung und

schnelle Lieferung anbietet. Der Schützenpanzer Marder ist noch in vier der neun Panzergrenadierbataillone der Bundeswehr in Verwendung. Als Ersatz hatte das Heer den Bedarf von 226 weiteren Puma angemeldet, so dass ein Teil der Marder, in allerdings unterschiedlichen Rüstzuständen, nicht mehr benötigt würde. Von Seiten des Kanzlers und des stellvertretenden Generalinspektors wird die Auffassung vertreten, dass die Bundeswehr mit Blick auf den Bündnisauftrag keine schweren Systeme mehr abgeben könne. Es besteht aber Grund zur Annahme, dass Kanzler Scholz und Teile der SPD mit Blick auf Russland den Einsatz von Panzern deutscher Herkunft in der Ukraine vermeiden möchten. Im Hintergrund steht immer die Frage einer Ausweitung des Konflikts zu einer Konfrontation mit der NATO. In der öffentlichen Argumentation schwankt man zwischen Hinweis auf fehlende Bestände bei der Bundeswehr und Geheimhaltung der Lieferwege. Deutschland hatte der Lieferung von ehemals sowjetischem Gerät aus den Beständen der NVA, die an Bündnispartner abgegeben worden waren, zugestimmt und leichte Waffen geliefert.

Deutschland sagte Milliardenhilfe für ukrainische Waffenkäufe zu und sieht auch die Möglichkeit der Unterstützung für Ausbildung und Logistik deutscher Systeme, die von Bündnispartnern an die Ukraine geliefert werden, wie Panzerhaubitzen 2000 aus den Niederlanden.

März 2022

Das unmittelbar nach dem russischen Angriff auf die Ukraine von der Regierung angekündigte Sondervermögen über 100 Milliarden bietet Diskussionsstoff. Die CDU-Opposition will nur zustimmen, wenn es eine Mitwirkung bei der Verwendung der Mittel gibt und die Regierungskoalition in voller Stimmenzahl die notwendige Grundgesetzänderung mitträgt. In Teilen des linken Spektrums der Politik und Gesellschaft stoßen diese zusätzlichen Schulden, um die offenbaren Defizite bei der Verteidigungspolitik in den letzten Jahrzehnten zu bereinigen, nicht auf Zustimmung.

Die NATO verstärkt ihre Präsenz auf dem Gebiet der östlichen Bündnispartner. Die USA sind wieder mit 100.000 Soldaten in Europa präsentiert. Neben dem Schwerpunkt der deutschen Unterstützung in Litauen beteiligt sich die Bundeswehr auch an der Luftverteidigung in Rumänien und in der Slowakei. Die Präsenz der Marine in der Ostsee wird verstärkt. Eine schon länger geplante NATO-Übung in Norwegen wird durchgeführt.

Februar 2022

Bundeskanzler Scholz hat einen Paradigmenwechsel der deutschen Sicherheitspolitik angekündigt. Deutschland wird künftig die 2%-Zusage bei den Verteidigungsausgaben einhalten und es soll mit einer Grundgesetzänderung ein 100 Mrd.-€-Sondervermögen für die dringend notwendigen Nachbesserungen bei der

Einsatzbereitschaft der Bundeswehr eingerichtet werden. Außerdem hat die Bundesregierung die Lieferung von Panzerfäusten und Fliegerfäusten an die Ukraine genehmigt und die grundsätzliche Zustimmung zu Waffenlieferungen erteilt. Die Öffentlichkeit, aber auch wohl Teile des linken Flügels in den Regierungsparteien, waren von dem Kurswechsel überrascht. Für die Tornado-Nachfolge ist die Entscheidung für die Beschaffung von 35 Tarnkappenbomben F 35 und die Entwicklung einer Version für die elektronische Kampfführung des Eurofighters in der Größenordnung von 15 Maschinen gefallen (Anmerkung: Zahlenmäßig bleiben die Beschaffungszahlen hinter der Zahl von ca. 90 Tornados zurück, was aber bisher nicht diskutiert wurde.)

Nach dem Beginn des Angriffs auf die Ukraine durch die Russische Föderation stoßen die russischen Streitkräfte aus mehreren Richtungen auf Kiew und in den Süden und Osten des Landes vor. Sie nutzen ihre überlegene Militärtechnologie, um mit Distanzwaffen Schlüsselobjekte des ukrainischen Militärs auszuschalten. Die unterlegenen ukrainischen Streitkräfte leisten allerdings Widerstand, so dass sich ein Szenario wie in Afghanistan nicht zu wiederholen scheint. Es ist denkbar, dass nach einer Niederlage ein Widerstand aus dem Untergrund fortgesetzt wird.

Die Planungen und Absichten Präsident Putins sind unklar. Ein Eingreifen der NATO kommt u.a. wegen der Gefahr einer nuklearen Eskalation nicht in Frage. Deutschland reiht sich in die westliche Solidarität mit der Ukraine ein,

bekannt sich zu harten Sanktionen. lehnt aber Waffenlieferungen ab. Der Heeresinspekteur kritisierte offen die fehlende Einsatzfähigkeit der deutschen Streitkräfte und in der Hauptstadt mehren sich die politischen Bekenntnisse zu den strategischen Fehlern in der Russlandpolitik und verteidigungspolitischen Versäumnissen. Verteidigungsministerin Lamprecht ging nicht auf die Kritik ein und betonte, dass Deutschland seine Bündnisverpflichtungen erfüllen werde. Diese bestehen nun in Maßnahmen zur Steigerung der Bereitschaft für die deutschen Beiträge zur NATO-Response-Force und quantitativ allerdings überschaubaren Verstärkungen für die Einsatzkontingente im Rahmen der Rückversicherung der östlichen Bündnispartner.

Die Aggression Russlands gegenüber der Ukraine eskaliert. Putin bestreitet die geschichtliche Existenzberechtigung der Ukraine als eigener Staat. Er erkennt die beiden Bezirke in der östlichen Ukraine in denen die Separatisten ca. 1/3 des Gebietes kontrollieren als unabhängige Staaten an und lässt sich eine Intervention zur angeblichen Wiederherstellung der Sicherheit der ethnischen Russen von der Duma genehmigen. Nach wochenlangen Manövern in Russland und Bjelarus und Verhandlungstreffen mit den Präsidenten Biden, Macron und Kanzler steht ein Einmarsch in ukrainisches Gebiet bevor. Die EU, NATO und USA bereiten Sanktionen vor, u.a. stoppt die Bundesregierung die Zertifizierung der Ostseepipeline North Stream II. Die

NATO schickt Truppenkontingente zur Rückversicherung in die östlichen Bündnisstaaten. Ministerin Lamprecht kündigt weitere Bundeswehrverstärkungen für Litauen an.

Das Mandat für die Ausbildungsmission im Irak wurde vom Bundestag verlängert, der Einsatz in Mali wird wegen des dortigen Militärputsches und dem Auftreten der russischen Söldner der Wagner-Gruppe hinterfragt. Die CDU-Opposition plädiert für eine Fortsetzung, um antiwestlichen Kräften nicht das Feld zu überlassen. Mittlerweile hat Frankreich die Entscheidung getroffen, die Mali-Mission zu beenden, weil die Putsch-Regierung kein Interesse mehr an einer Zusammenarbeit hat.

Die Fregatte Bayern ist von ihrer Indo-Pazifik-Reise zurückgekehrt.

Die USA verlegen ihre in Grafenwöhr stationierte mit Radpanzern ausgerüstete Stryker-Brigade nach Rumänien.

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Entscheidung in der Tornado-Nachfolge nährt Diskussionen, dass ggf. doch das US-Kampfflugzeug F 35 wieder in Erwägung gezogen wird. Das Muster befindet sich in folgenden europäischen Staaten in Zulauf oder ist zur Einführung vorgesehen: Großbritannien, Italien, Dänemark, Norwegen, Niederlande, Belgien, Finnland, Polen und die Schweiz. Angesichts der Kontroversen um die deutsche Bündnisloyalität in der Ukraine-Krise wird man sich möglicherweise aus politischen Gründen doch den Entscheidungen der Partnerstaaten anschließen und die

Sonderlösung mit der F 18 wieder verwerfen. Dieses ältere Modell hätte allerdings den Vorteil, dass sowohl die nukleare Teilhabe als auch die elektronische Kampfführung (ECR) zeitnah erneuert werden könnten. Bei einer Entscheidung für die F 35 müsste wohl eine ECR-Version des Eurofighters entwickelt werden. Bei der Tornado-Nachfolge werden ohnehin auch neue Eurofighter für die konventionelle Jagdbomber-Rolle beschafft werden. Die Anpassung der Eurofighter an die Luft-Boden-Rolle verlief bei der Luftwaffe deutlich langsamer als bei der Royal Airforce.

Januar 2022

Die Positionierung Deutschlands in der Krise im Osten Europas angesichts des russischen Truppenaufmarschs an der Grenze zur Ukraine sorgt für erhebliche Diskussionen und Irritationen. Von den meisten Vertretern der Koalitionsregierung wird eine militärische Unterstützung der Ukraine abgelehnt und die absolute Priorität von Verhandlungen vertreten. Unklare und widersprüchliche Äußerungen gibt es zum Thema Sanktionen, insbesondere zur Zukunft der Ostseepipeline North Stream II. Militärpolitik als Teil der Diplomatie ist aufgrund der in Deutschland dominanten pazifistischen Orientierung vorerst nicht zu erwarten, während die Bündnispartner ihre militärischen Aktivitäten verstärken.

Verteidigungsministerin Lamprecht hat alle bisherigen Planungen zur Erneuerung der Bundeswehr, die vor allem

von Generalinspekteur Zorn in der vorausgehenden Legislaturperiode eingeleitet wurden, vorerst auf Eis gelegt und neue Prüfungen angekündigt. Dies war nach dem Regierungswechsel zu erwarten, bedeutet aber weitere Verzögerungen für eine Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft. Die Ministerin bekundet in Truppenbesuchen und medialen Auftritten, wie alle Amtsvorgänger, ihre Solidarität mit der Truppe und das Bekenntnis zu den Verpflichtungen Deutschlands in der NATO.

Der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Schönbach, trat zurück, nachdem kritische Äußerungen über den Umgang des Westens mit dem russischen Präsidenten Putin bei einem Indienbesuch, bekannt geworden waren.

Dezember 2021

Als Nachfolgerin von Annegret Kramp Karrenbauer hat im neuen Kabinett der Regierung Scholz Christine Lamprecht als Verteidigungsministerin die Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr übernommen. Sie ist Vertreterin des linken Flügels der SPD, gilt aber als qualifizierte Politikerin mit Regierungserfahrung im Justizministerium und war zuletzt auch mit der Wahrnehmung der Geschäfte im Familienministerium betraut. Mit ihrem künftigen Ressort hatte sie bisher kaum Berührungspunkte. Da die Sicherheitspolitik auf der Agenda der Ampelparteien im Wahlkampf und im Koalitionsvertrag keine große Rolle spielte, war auch keine



thematisch profilierte Besetzung zu erwarten. Als neue parlamentarische Staatssekretäre bringen die verteidigungspolitische Sprecherin der SPD Siemtje Möller und Thomas Hitschler Fachkompetenz ins Amt. Als neue beamtete Staatssekretärin soll Margarethe Sudhof aus dem Justizministerium in BMVg wechseln. Die Abwesenheit von Frau Kramp-Karrenbauer beim Übergabeappell und der Hinweis des CDU-Fraktionsvorsitzenden Brinkhaus bei der Aussprache über die Regierungserklärung auf fairen Umgang mit Regierungsbeamten mit anderen Parteibüchern soll mit Missklängen bei der Amtsübernahme zusammenhängen (Q.: DLF). Es gilt das Gebot der Fairness, der neuen Ministerin eine Einarbeitungszeit zu gewähren und die kritischen Kommentare hielten sich bisher auch in Grenzen. Aufgrund ihrer bisherigen Bewährung in Regierungsämtern richten sich auf Frau Lamprecht auch gewisse Erwartungen bei der Reorganisation des Führungsapparats. Angesichts der russischen Truppenkonzentration an den Grenzen der Ukraine dürften bei der Bewertung der sicherheitspolitischen Leistung der neuen Regierung ohnehin nicht die parteipolitischen und medialen Befindlichkeiten entscheiden, sondern die Bewährung Deutschlands als verlässlicher NATO-Partner mit einem glaubwürdigen Beitrag zur Bündnisverteidigung und Friedenssicherung! Die Agenda wird am Ende durch die harte Realpolitik und nicht nur durch die Euphorie des Aufbruchs bestimmt. Da wird die Fachwelt sicher ein kritisches Auge auf eine nicht sehr bundeswehrraffine

politische Führung haben und auch registrieren, wenn es zu Personalentscheidungen kommt, die weniger der Effizienz deutscher Verteidigungspolitik als der Durchsetzung eigener politischer Machtpositionen und Bedienung der eigenen Klientel kommen sollte. Begrüßen wird die Fachöffentlichkeit, dass Frau Strack-Zimmermann (FDP) den Vorsitz im Verteidigungsausschuss übernommen hat. Kanzler Scholz hatte sich bei seinen Antrittsbesuchen in Brüssel zur Einhaltung der Bündnisverpflichtungen bekannt.

November 2021

Im Koalitionsvertrag der SPD, Grünen und FDP haben sich die Partner nicht deutlich festgelegt. Man formuliert ein 3 % Ausgabenziel für einen inklusiven Ansatz, der Verteidigung, Entwicklungspolitik und Auswärtige Politik zusammenfasst. Es gibt das unverbindliche allgemeine Bekenntnis zu den Soldaten der Bundeswehr, zur Erfüllung der Bündnisverpflichtungen und zu einer moderneren Ausstattung der Truppe. Es soll einen Nachfolger für das Kampfflugzeug Tornado geben und die Bewaffnung mit Drohnen wird unter strengen Auflagen nicht ausgeschlossen. Die Aussagen zur nuklearen Teilhabe bleiben unklar, was angesichts der Zerrissenheit in dieser Frage innerhalb der Regierungsparteien auch nicht anders zu erwarten war. Die Abrüstungspolitik und restriktive Rüstungsexportpolitik soll erwartungsgemäß einen neuen Stellenwert bekommen.

Oktober 2021

- Einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge, soll bei den Sondierungsgesprächen der künftigen Ampelregierung der geplante Stärkeaufwuchs der Bundeswehr auf 203.000 Soldaten bis 2021 zur Disposition stehen.

- Bei den Gesprächen der künftigen Koalitionspartner dürfte auch die nukleare Teilhabe zu einem schwierigen Thema werden. Der Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz warnte vor einem deutschen Ausstieg. Die nukleare Teilhabe sei ein wesentlicher Faktor der gemeinsamen Abschreckung durch das Bündnis. Wenn Deutschland hier aussteigen würde, bestünde die Gefahr, dass andere Partner insbesondere Polen einen Ersatz fordern und ihr Land zur Stationierung und Bereitstellung von Trägern anbieten könnten. Das würde das Verhältnis zu Russland enorm zusätzlich belasten.

-Die künftige Koalition kann das Problem nicht vertagen, da eine Entscheidung über die Ablösung des nuklearfähigen Trägers Tornado überfällig ist.

- Das Verhältnis Russlands zum Westen ist gerade erst durch die Schließung der russischen Vertretung bei der NATO weiter belastet worden.

-Nordkorea soll einen Hyperschallflugkörper getestet haben.

-Der Einsatz in Afghanistan soll über die Jahre ca. 17 Mrd. € gekostet haben. Davon entfallen auf die Bundeswehr ca. 12,3 Mrd.

-Die Angehörigen der Bundeswehr wurden nach ihrem Abzug aus Afghanistan mit einem großen Zapfenstreich vor dem Reichstag geehrt.

Die USA sollen gegenwärtig über 3750 nukleare Gefechtsköpfe, andere Zahlen welche auch deaktivierte Köpfe einbeziehen nennen 500. 1967 waren es noch 31255 (Q: Deutschlandfunk). China soll gegenwärtig über 300 nukleare Sprengköpfe verfügen.

September 2021

Die Bundeswehr konnte den Evakuierungseinsatz in Kabul ohne Verluste abschließen. Insgesamt konnte die Bundeswehr 5300 Personen aus Kabul ausfliegen. Das für die Evakuierung zusammengestellte Kontingent unter General Arlt wurde in Wunstorf von der Ministerin bei der Rückkehr empfangen. Zahlreiche politische Stimmen fordern eine Bewertung des Einsatzes in Afghanistan im Bundestag. Es gibt aber auch kritische Anmerkungen über das fehlende politische Engagement des Bundestags bei der Diskussion der erteilten Mandate in den vergangenen Jahren.

In den folgenden Wochen wurde diskutiert, dass die Europäer ihre Fähigkeiten für derartige Missionen ausbauen müssten. Die Ministerin schlug einen Ausbau der EU-Battlegroups vor.

Die deutsche Beteiligung am Einsatz in Mali ist auch in die Diskussion, nachdem die russische Söldnertruppe Wagner von der Regierung Malis angeworben werden soll.

August 2021

Die Ereignisse in Afghanistan überstürzen sich. Nach dem Abzug der NATO-Truppen erlangen die Taliban binnen kürzester Frist die Kontrolle über das Land. Der Widerstand der Nationalarmee ist unerwartet gering und auch Kabul fällt kampflos. Präsident Ghani verlässt das Land. Die US-Truppen halten noch den militärischen Teil des Flughafens Kabul und improvisieren mit anderen Staaten eine Luftbrücke, um gefährdete Personen auszufliegen. Auch die Bundeswehr beteiligt sich mit mehreren Airbus A 400 M und schickt noch einmal 200 Soldaten, um mit den USA und anderen Partnern den Flughafen abzusichern und Hilfe zu leisten. Es gibt chaotische Szenen. Flüchtlinge, die auf einen Platz in einer Maschine hoffen, belagern den Flugplatz. Es kommt auch zu Schusswechseln. Die Taliban beharren auf dem Abzug der NATO-Kräfte bis zum 31.8. Eine geordnete Ausreise registrierter gefährdeter Personen aus dem Kreis der "Ortskräfte" und Hilfsorganisationen ist kaum noch möglich. Die Bundeswehr hat zu diesem Zweck auch Kräfte des KSK und zwei Hubschrauber geschickt,

um ggf. noch zu evakuierende Personen in Kabul zum Flughafen bringen zu können. Die Transportflugzeuge werden bei Bedarf über die normal üblichen Passagierzahlen beladen, fliegen aber auch halbleer, wenn keine registrierten Personen greifbar sind. Die A 400 M der Bundeswehr fliegen die Evakuierten nach Taschkent in Usbekistan aus, die von dort mit Verkehrsmaschinen nach Deutschland geflogen werden. Die USA benutzen ihre Basis Ramstein als Transitort für ihre Evakuierten.

In Deutschland hatte ein Kompetenzwirrwarr und die im Wahlkampf geringe Neigung, das Flüchtlingsthema aufzugreifen, zu Verzögerungen bei der geordneten Ausreise und Aufnahme der schutzbedürftigen Personen aus dem Kreis der ehemaligen "Ortskräfte" und anderer gefährdeter Personen geführt. Die offiziellen Stellen behaupten, dass der schnelle Zusammenbruch in Afghanistan nicht zu erwarten gewesen wäre oder kritisieren die Nachrichtendienste. Die Gegenmeinung vertritt den Standpunkt, dass die Verantwortlichen die Warnungen ignoriert hätten.

Die Regierung erwägt eine Reihe von Maßnahmen, wie eine Evakuierung auch nach dem Abzug aus Kabul auf dem Luft- oder Landweg sichergestellt werden könnte und sagte Hilfe für die Betreuung von Flüchtlingen in den Nachbarstaaten Afghanistans zu. Die Aufnahmebereitschaft in Europa dürfte nicht allzu hoch einzuschätzen sein.

Juli 2021

Das Weltraumkommando wurde in Uedem Dienst gestellt.

Bei der Hochwasserkatastrophe nach Starkregen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Sachsen waren bis 2000 Bundeswehrsoldaten im Einsatz. Schwerpunkte waren Räumung, Evakuierung, Krankentransport, Evakuierung und Suchaufgaben. Zum Einsatz kamen u.a. Hubscharuber, Bergepanzer, Brückenlegepanzer, Kipplastwagen, Bagger, Krankentransportfahrzeuge, Feuerwehrfahrzeuge und Tankwagen. Spektakulär war die Verlegung von Panzerbrücken und älteren MGB-Brückengerät.

Juni 2021

Mit dem Ende des Monats endete der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Die letzten 570 Soldaten räumten den Stützpunkt Mazar-e Sharif und kehrten nach Deutschland zurück. Kritisch anzumerken war, dass sie nicht von Vertretern des politischen Lebens am Flughafen empfangen wurden. Das soll aber dem Wunsch der Soldaten entsprochen haben. In den Medien werden aber weiterhin auch andere von dieser Auslegung abweichende kritische Positionen zu dieser Auffassung vertreten.

Es mehren sich die Stimmen, die eine umfassende politische Evaluation des Einsatzes fordern. Er hat 59 Bundeswehrsoldaten das Leben gekostet. Die Aussichten für eine Stabilisierung des Landes und die Einhaltung der Abkommen durch die Taliban sind ungewiss. Die Unterstützung der zivilen Aufbauarbeit soll durch Deutschland fortgesetzt werden. Diskussionsbedarf besteht auch über den Umfang der Asylgewährung für die afghanischen Helfer der Bundeswehr.

Wenige Tage zuvor waren 12 Bundeswehrsoldaten bei einem Anschlag in Mali verletzt worden. Über die medizinische Rettungskette wurden sie nach Deutschland zurückgebracht.

Unklarheit herrscht über einen Zwischenfall im Schwarzen Meer. Der britische Zerstörer Defender soll laut russischen Meldungen in Gewässern der Krim vertrieben worden sein. Die britische Seite dementierte. Die Defender habe sich in internationalen Gewässern befunden. Nach der international nicht anerkannten Annexion der Krim durch Russland herrscht in dieser Region bei der Frage der Hoheitsgewässer Dissens. Im Seegebiet vor der ukrainischen Küste finden Seemanöver der westlichen Marinen statt, um der Ukraine Unterstützung zu signalisieren und die freien Seezugänge durchzusetzen. Russland antwortete mit eigenen Luftverteidigungsübungen auf der Krim.

In seiner letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode hat der Haushaltsausschuss des Bundestages noch Mittel für



insgesamt 27 Rüstungsvorhaben in Höhe von 20 Milliarden in den nächsten Jahren freigegeben, die dazu führen, dass der Verteidigungsetat kurzfristig noch einmal auf über 50 Milliarden Euro steigen wird. Mittelfristig wird er aber wieder sinken. Keine Entscheidung fiel über die Ablösung des Tornados (nukleare Teilhabe!) und den schweren Transporthubschrauber als Ersatz für die CH 53 G, die man trotz der Dringlichkeit dem neu gewählten Parlament und der neuen Bundesregierung überlässt. Zu den genehmigten Vorhaben gehören vor allem Marineprojekte: 5 in den USA zu beschaffende Seepatrouillenflugzeuge "POSEIDON", zwei neue Tanker, das deutsch-norwegische Vorhaben des U-Boottyps 212 COMMON DESIGN und die Beschaffung neuer Schiffsflugkörper aus Norwegen sowie drei Flottendienstboote für die seegestützte elektronische Aufklärung. Wenn man von dem Bau einer 7. und 8. U-Bootes für die Marine absieht, handelt es sich um überfällige Ersatzbeschaffungen. Es fällt aber schon auf, dass zurzeit Marineprojekte auf geringere Widerstände stoßen und militärische Überlegungen dafür nicht allein maßgebend sein dürften, da militärstrategisch die Priorität Deutschlands bei der Dimension Land liegen müsste. Immerhin sollen jetzt 150 weitere Schützenpanzer PUMA auf den jüngsten gefechtstauglichen Rüstzustand gebracht werden und eine Option für die abschließende Modernisierung der restlichen Fahrzeuge finanziell eingeplant werden, damit am Ende alle 350 PUMA voll einsatztauglich sind. Für die Dimension Luft wurde die

Fortsetzung des FUTURE COMBAT AIR SYSTEMS mit Frankreich und Spanien durch weitere vier Milliarden Euro gesichert und das luftgestützte Aufklärungsprojekt PEGASUS für die weiträumige elektronische Aufklärung kann auch realisiert werden. Einige andere Projekte wie die Beschaffung von 40 neuen EUROFIGHTERN zum Ersatz der ältesten Maschinen aus der Tranche 1 oder die Mittel für die EURODROHNEN wurden schon früher bewilligt. Über neue Sturmgewehre kann erst nach juristischer Klärung entschieden werden.

Mai 2021

Großbritannien hat seine erste Flugzeugträgergruppe mit der „Queen Elizabeth II“ und Kampfflugzeugen F 35 in Dienst gestellt. Neue britische Verteidigungsdokumente im Frühjahr 2021 beschreiben eine strategische Neuausrichtung Großbritanniens nach dem Brexit unter dem Leitmotiv „Global Britain“. Großbritannien will wieder verstärkt weltweit militärisch präsent sein und gleichzeitig auch an der Spitze der Technologie stehen. Das Budget soll deutlich aufgestockt, das Personal leicht reduziert werden. Großbritannien bleibt auf die NATO ausgerichtet, während die EU mit keinem Wort erwähnt wird. In Europa wird Großbritannien weiter mit bevorzugten Partnern wie Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten, aber sein Beitrag zur Bündnisverteidigung zu Lande dürfte hier immer weniger ins Gewicht fallen. Mit Deutschland wurde auch schon ein Kooperationsabkommen in Augustdorf

unterzeichnet. Der Abbau der schweren mechanisierten Kräfte und die Hinwendung zu leichteren mobilen Einheiten lag bereits im Trend der letzten Jahrzehnte. Festzumachen war er immer sehr deutlich an der Reduktion der Panzertruppe. Künftig wird es nur noch 150 Kampfpanzer Challenger in zwei Regimentern geben, die durch die Firma Rheinmetall grundlegend modernisiert werden. Anstelle einer Modernisierung der Schützenpanzer Warrior setzt man auf Transportpanzer Boxer, mit dem vier Infanterie-Bataillone der 3. Division ausgestattet werden. Bei der verbliebenen Artillerie denkt man über weiterreichende Systeme nach. Die 3. Division wäre dann mit zwei Brigaden der verbleibende Beitrag für die Bündnisverteidigung zu Lande in Europa. Eine amphibische Gruppe und ein Ranger-Regiment mit vier Bataillonen sind für den weltweiten Einsatz vorgesehen. Luftmobile Kräfte werden in einem weiteren Verband zusammengefasst. Neue Formen der Landkriegführung sollen erprobt werden. Die Marine will mit zwei Trägergruppen militärische Präsenz auf allen Ozeanen zeigen. Die Minenabwehr soll auf automatisierte autonome Systeme umgestellt und auf die bisher dafür vorgesehenen Minenjagdboote verzichtet werden.

Zugunsten der Erneuerung und Ausbau der Technologiekapazitäten werden eine Reihe von älteren Schiffen, Flugzeugen und Hubschraubern außer Dienst gestellt. Die endgültige Beschaffungszahl der amerikanischen Stealth-Jets F 35 über die Bestückung der beiden Träger hinaus ist noch nicht endgültig entschieden.

Großbritannien wird seine vier strategischen Atom-U-Boote erneuern und die Zahl der nuklearen Sprengköpfe möglicherweise wieder aufstocken. Technologische Kapazitäten für den Cyberinformationsraum und den Weltraum werden höher gewichtet als die klassische konventionelle Verteidigung und Stückzahlen von Waffensystemen. Zu den Zukunftsprojekten gehört das Kampfflugzeug Tempest. Inwieweit hier eine Kooperation mit dem deutsch-französisch spanischen FCAS erfolgt, dürfte wie so manches an der Vision Global Britain noch offen sein. Großbritannien knüpft hier offen an traditionelle Entwicklungslinien seiner kolonialen Vergangenheit an, die noch viele Spuren „East of Suez“ hinterlassen hat. Eine offene Frage dürften die finanziellen und personellen Ressourcen nach dem Brexit bleiben. Inwieweit die Rekrutierung nach dem alten Grundsatz „Join the Army and see the World“ heute noch trägt, wird sich zeigen.

Siehe auch [Global-Britain.pdf \(bahnjdbund.de\)](#)

Am 18. Mai 2021 veröffentlichten Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer und Generalinspekteur Zorn ein Eckdatenpapier zur künftigen Entwicklung der Bundeswehr, das durch durchgesickerte Informationen schon im Vorfeld für Unruhe gesorgt hatte, da es offensichtlich die Auflösung der Streitkräftebasis und des zentralen Sanitätsdienstes als eigene Organisationsbereiche zum Inhalt hat.

Die Ministerin und der Generalinspekteur fordern keine grundlegende Reform, aber Nachjustierungen der bestehenden Planung. Die Einsatzbereitschaft und Kaltstartfähigkeit der Bundeswehr müsse unbedingt erhöht werden. Es gelte, die Prozesse zu straffen und zu beschleunigen und Ressourcen aus den Stäben in die Truppe zu verlagern. Die Ankündigung einer abgestuften Präsenz relativiert allerdings das Postulat der Einsatzbereitschaft und es finden sich eine Reihe von Hinweisen, dass eine Umsetzung des Fähigkeitsprofils für den Zeitraum 2018 – 2031 nicht 1:1 erfolgen wird. Viele der Ankündigungen stehen noch unter Prüfungsvorbehalt. Eine kommentierte Darstellung des Eckdatenpapiers findet sich unter Nachjustierungen für die Truppe - Das Eckpunktepapier für die Bundeswehr unter [Eckpunktepapier zur Zukunft der Bundeswehr - Fokus Sicherheitspolitik im Münsterland \(bahnjdbund.de\)](#)

April 2021

-Der Afghanistan-Einsatz wird aufgrund amerikanischer Abzugsentscheidungen im Laufe des Sommers 2021 beendet werden. Die Kosten des deutschen Einsatzes im Zeitraum 2001 bis 2021 betragen aufgrund einer Auskunft des Auswärtigen Amtes ca 12,1 Mrd € (WN 19.4.21). 55 deutsche Soldaten haben den Einsatz mit ihrem Leben bezahlt.

- Nach Ostern treten die ersten 325 Rekruten ihren Dienst im freiwilligen Heimatschutz unter dem Projektnamen „Dein Dienst für Deutschland“ an. Die Grundausbildung

beginnt an drei Standorten der Streitkräftebasis. Insgesamt sind 11 Standorte für die Grundausbildung und 3 für die Spezialausbildung im Heimatschutz vorgesehen. Nach Abschluss ihrer siebenmonatigen Ausbildung sollen die Soldaten innerhalb eines Zeitraumes von sechs Jahren für Reservedienstleistungen in der Gesamtlänge von fünf Monaten für den Heimatschutz zur Verfügung stehen. Vorrangig sollen sie in den RSU Kompanien Reservedienst leisten und dabei möglichst heimatnah eingesetzt werden. Auch ein Einsatz im Rahmen des Objektschutzes der Luftwaffe ist angedacht. Das BMVg meldet eine große Nachfrage mit der die ersten Ausbildungsquartale schon ausgelastet sind. Im Zusammenhang mit dem Beginn der Umsetzung kündigte Generalinspekteur Zorn die Aufstellung von fünf gekaderten Heimatschutzregimentern und eine Aufstockung von 30 RSU-Kompanien auf 36 Heimatschutzkompanien bis 2025 an. Bei der Präsentation unterstrich Ministerin Kramp-Karrenbauer noch einmal die Absicht, den Begriff Heimatschutz positiv mit Bürgerengagement zu besetzen und nicht rechten Milieus zu überlassen. Bei der Darstellung in den Medien wird vor dem Hintergrund der Pandemie auch immer auf die Möglichkeit der Einsatz dieser Kräfte in der humanitären Amtshilfe hingewiesen. Dabei gerät die Vermittlung des eigentlichen militärischen Kernauftrages des Heimatschutzes, die Sicherung militärischer Objekte und Infrastruktur im Verteidigungsfall, etwas aus dem Fokus!. Siehe auch [Heimatschutz - Fokus Sicherheitspolitik im Münsterland \(bahnjdbund.de\)](#)

- Der Schützenpanzer PUMA hat jetzt nach fünfjähriger Nachentwicklung die Einsatzreife erreicht. Vorerst werden für den VJTF-Auftrag im übernächsten Jahr 40 der 350 beschafften Schützenpanzer auf den einsatzreifen Rüststand gebracht. Um die verbliebenen modernisierten Schützenpanzer MARDER endgültig abzulösen, wäre ein zweites Los von ca. 266 PUMA erforderlich.

-In Nörvenich trainierten Piloten den Einsatz von Eurofightern bei Aufklärungsmissionen mit Recce-Pods. Dies steht im Zusammenhang mit dem Ausbau der Mehrzweckrolleneignung dieses ursprünglich als Jagdflugzeug optimierten Flugzeugs.

- Am 12.4.21 wurde in Holzdorf im Beisein der Ministerin der letzte SAR-Hubschrauber des Musters Bell UH-1D außer Dienst gestellt. Die Einführung des Modells als leichter Transporthubschrauber hatte 1967 begonnen.

-Der Haushaltsausschuss genehmigte die Mittel für die Beschaffung von 21 Eurodrohnen in Kooperation mit FR, IT und SP. Die Endmontage soll in Manching erfolgen. Industrie- und Europapolitik genießen einen hohen Stellenwert. Das verstellt etwas die Einsicht, dass man zum gleichen Preis von über 4 Mrd. € ein neues Luftwaffengeschwader mit Eurofightern oder F 35 ausstatten könnte! Eine Bewaffnung der deutschen Exemplare ist dabei aus bekannten Gründen erst einmal noch nicht vorgesehen.

-Der Afghanistan-Einsatz wird aufgrund amerikanischer Abzugsentscheidungen im Laufe des Sommers 2021

beendet werden. Die Kosten des deutschen Einsatzes im Zeitraum 2001 bis 2021 betragen aufgrund einer Auskunft des Auswärtigen Amtes ca 12,1 Mrd € (WN 19.4.21). 55 deutsche Soldaten haben den Einsatz mit ihrem Leben bezahlt.

März 2021

- Der britische Premier Johnson verkündete ein ehrgeiziges sicherheitspolitisches Programm für Großbritannien im Rahmen der NATO mit dem Vorzugspartner USA. Großbritannien betont dabei eine globale Ausrichtung. Die Entwicklung des Handels soll dabei auch sicherheitspolitisch unterstützt werden. Großbritannien wird seine Nuklearkapazität auf 260 Sprengköpfe aufstocken. Der Entwicklung militärischer Technologie und dem Cyber- und Weltraum gilt besonderes Augenmerk. Technik soll verstärkt Personal ersetzen. Hier wird vor allem beim Heer eingespart. Kritisch kann man anmerken, dass die Finanzierung dieser Ambitionen eine große Herausforderung sein könnte und sich der Trend fortsetzt, dass Großbritannien sich immer weniger mit schweren Kräften bei der Verteidigung Europas zu Lande beteiligen kann. Die Royal Army hat sich zunehmend zu einer mobilen und agilen leichten Streitmacht entwickelt und ihre gepanzerten Kräfte reduziert.
- Laut Aussage von Generalinspekteur Zorn soll das Kommando Spezialkräfte wieder in den Einsatz gehen.



Auch nach der Auflösung der 2. Kompanie ist die Aufklärung von rechtsextremen Einstellungen und des Verlustes von erheblichen Munitionsbeständen noch nicht abgeschlossen. In die Schlagzeilen geriet die Truppe erneut durch das vorschriftswidrige Angebot des Kommandeurs an seine Truppe, widerrechtlich angeeignete Munitionsbestände anonym und straffrei abgeben zu können.

- Die Wehrbeauftragte Högl legte ihren ersten Bericht als Wehrbeauftragte vor. Frau Högl engagiert sich im Schwerpunkt für die Anerkennung der Leistungen und sozialen Anliegen der Soldaten und der Bundeswehr in ihrer Gesamtheit. Sie hat sich trotz der schwierigen Situation zu ihrer Amtsübernahme durch engagiertes Auftreten für die Bundeswehr und ihre Soldaten, unabhängig von Parteipolitik, Respekt in ihrem Amt erworben. Frau Högl nimmt auch Stellung zu Strukturproblemen in der Bundeswehr, welche ihre Leistungsfähigkeit einschränken wie z.B. das Beschaffungssystem.

- Die Bundeswehr ist mit ca. 12.000 aktiven Soldaten und Reservedienstleistenden in der Amtshilfe im Pandemieeinsatz aktiv. Eine besonders sensible Rolle übernimmt sie auch für die Impfstofflogistik durch Lagerung und Verteilung in ihren geschützten Liegenschaften. Soldaten sind lt. Presseauskunft von Generalleutnant Schelleis (SKB) in der Amtshilfe u.a. in 1222 Pflegeeinrichtungen und 800 Krankenhäusern tätig. 2836 Amtshilfeersuchen für Impfaufgaben liegen vor.

- Die Kampflugzeuge TORNAO erhalten zurzeit eine strukturelle Nutzungsdauerverlängerung für einen Betrieb bis Ende 2030. Über ihre Nachfolge wird erst in der nächsten Legislaturperiode entschieden.

-Für die Nachfolge des Marinepatrouillenflugzeuges ORION ab 2025 wäre nach Zustimmung der USA auch eine Beschaffung der Boeing P-8A möglich. Es gibt aber auch noch andere Modelle zur Auswahl: Airbus C-295 Persuader und RAS von Rheinland Air Service.(Q: Loyal 4/21) Die P-8A beruht auf dem Verkehrsflugzeug B 737 und ist mit zwei Düsentriebwerken eher untypisch für Marinepatrouillenflugzeuge, die gewöhnlich Turbopropellertriebwerke nutzen. Die Weiternutzung der gebraucht von den Niederlanden erworbenen ORION bis 2035 ist wegen der unkalkulierbaren Kosten der Nutzungsdauerverlängerung nicht vertretbar.

Februar 2021

- Das NATO-Aufklärungssystem AGS (Allied Ground Surveillance System) hat am Standort Sigonella auf Sizilien seine Anfangsbefähigung erreicht. AGS kann mit hochfliegenden Großdrohnen GLOBAL HAWK großräumig und rund um die Uhr an den Grenzen des Bündnisses mit Radar und anderen Sensoren aufklären. Das System wird wie AWACS von den Bündnisstaaten gemeinsam auch mit deutscher Beteiligung betrieben.

-Die Marine wird ab 2025 als Ersatz für die Bordhubschrauber SEA LYNX an Bord von Fregatten ab 2025 für 2,7 Mrd.€ 31 Marinebordhubschrauber SEA TIGER erhalten, die auf dem NH 90 basieren. Die Marine erhält zurzeit für maritime Zwecke schon den "SEA LION" für SAR- und Transportaufgaben. Zwei SAR-Hubschrauber des abzulösenden Musters SEAKING unternahmen am 2.2.21 einen spektakulären Rettungsflug von Borkum nach Wilhelmshaven bei extrem schlechter Sicht, Der zweite Hubschrauber flog als Begleitung zur Informations- und Navigationsunterstützung mit. Das Bordradar ermöglichte diesen Flug, der mit den zivil verfügbaren Mitteln unter diesen Bedingungen nicht möglich gewesen wäre.

- Die Beschaffungszahlen für LKW UTF 5 t gl und 15 t gl werden aufgestockt. Der Rahmenvertrag sieht nun mittelfristig 3271 statt 2271 geländegängige LKW vor. Hintergrund ist das Wirtschaftsförderprogramm im Rahmen der Corona-Krise.

- 2020 wurden 46,1 Mrd € im Bundeshaushalt für Verteidigung ausgegeben.

Januar 2021

- US-Präsident Biden und der russische Präsident Putin haben eine Verlängerung des aktuellen START-Abkommens über die strategischen Atomwaffen beider Seiten um fünf Jahre vereinbart. Dieser letzte noch bestehende Rüstungskontrollvertrag zwischen den beiden führenden strategischen Atommächten, die über 90 % des

globalen Kernwaffenpotentials verfügen, wäre sonst Anfang Februar ausgelaufen. START sieht Obergrenzen der strategischen Träger vor, mit denen beiden Staaten sich gegenseitig unter Bedrohung halten. Es ist auch eine Verifikation vorgesehen. Substrategische Waffen mit Reichweiten bis 5500 km sind seit dem Auslaufen des INF-Vertrages nicht mehr durch eine Kontrollvereinbarung erfasst. Die USA kritisieren an dem Abkommen, dass China nicht eingeschlossen ist. China hatte nach dem Zünden seiner ersten Kernwaffen sein Nuklearpotential nicht in den Dimensionen der USA und der Sowjetunion bzw. Russlands ausgebaut. Das dürfte sich mit dem ökonomischen und militärischen Aufstieg des Landes in den letzten beiden Jahrzehnten ändern. Eine auf die beiden Supermächte nach 1945 fokussierte Rüstungskontrollpolitik ist nicht mehr zeitgemäß. Gegenwärtig sind neun Staaten im Besitz von Nuklearwaffen: USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Pakistan, Nordkorea und ohne offizielle Bestätigung Israel. Es ist nicht auszuschließen, dass andere Staaten den Erwerb anstreben oder nicht ausschließen (Iran, Saudi-Arabien). Einige Staaten haben in der Vergangenheit eigene Atomwaffenprogramme abgebrochen (z.B. Südafrika, Libyen). Wenig bekannt ist zum Beispiel, dass in den 50er und 60er Jahren die neutralen Staaten Schweden und die Schweiz auch nukleare Bewaffnung erwogen haben. Im Rahmen der NATO sind einige Bündnispartner über die nukleare Teilhabe in die Planungen mit Trägerwaffen eingebunden

- Der von 120 Staaten unterzeichnete Atomwaffenverbotsvertrag ist nach Ratifizierung von 50 Staaten völkerrechtlich in Kraft getreten. Er sieht kein Kontrollregime vor und wurde von keinem der neun Atomwaffenstaaten und ihren Verbündeten unterschrieben. Er ist somit politisch wirkungslos, solange Atommächte nicht auf ihren Besitz verzichten und Bündnissysteme wie die NATO in der Realpolitik nicht auf Abschreckung verzichten können und wollen. Er hat rein deklamatorische Wirkung, ohne realpolitische Auswirkungen, wird allerdings den Anti-Atombewegungen in den freien Staaten des Westens Auftrieb geben. Der Riss zwischen Verantwortungsethikern und Gesinnungsethikern geht auch in dieser Frage durch die politische Landschaft der Bundesrepublik. Außenminister Maaß (SPD) ist gegen eine deutsche Unterzeichnung. SPD-Fraktionschef Mützenich fordert ein Ende der nuklearen Teilhabe.

- Der Sturm der vom scheidenden US-Präsidenten Trump radikalisierten Anhänger auf den US-Kongress dürfte nicht ohne Rückwirkungen auf die Sicherheitspolitik bleiben. Die "systemischen" Herausforderer der westlichen Demokratie mit ihren Autokraten in China, Russland, Weißrussland und im Iran können einen propagandistischen Profit daraus ziehen. Angesichts der Herkulesaufgaben für den neuen US-Präsidenten Biden, die innere Stabilität der USA zurück zu gewinnen, wird die europäische Verantwortung für die eigene Sicherheit noch mehr wachsen. Europa muss die USA entlasten, um die transatlantischen

Beziehungen gemeinsam mit der neuen US-Administration auf eine neue Grundlage zu stellen. Der ehemalige SPD-Vorsitzende und Bundesaußenminister Gabriel wiederholte seinen Vorschlag für einen deutschen Beitrag zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der Allianz. Deutschland solle für die eigenen Verteidigungsausgaben einen Maßstab von 1,5 % seines Bruttoinlandsprodukts einhalten und weitere 0,5 % in die Verteidigungsanstrengungen für die östlichen Bündnispartner investieren.

- Heeresinspekteur Mais hat in einer Rede die besondere Herausforderung durch die neue Schwerpunktaufgabe Bündnis- und Landesverteidigung herausgestellt. Für das Bestehen im Gefecht habe die militärische Effektivität den Vorrang vor der ökonomischen Effizienz. Ein Friedensbetrieb, der nur nach den Grundsätzen von Rationalisierung und Kosteneinsparung organisiert ist, könne im Kriege zu fatalen Engpässen führen. Während bei Kriseneinsätzen die militärischen Strukturen als Werkzeugkiste dienen, aus denen man sich die Einsatzmodule heraussuche, müsse in der Bündnis- und Landesverteidigung die gesamte Organisation zeitnah und einsatzklar bereit stehen können.

Dezember 2020

- Als gemeinsames Vorhaben des Bundesministeriums des Inneren und des BMVg wurde in Halle eine

Cyberagentur eingerichtet, die künftig ihren Standort am Flughafen Leipzig haben soll.

- Entgegen früheren Zusagen verhinderte die SPD-Fraktion die Freigabe von Mitteln für die Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen. Fraktionschef Mützenich unterstützt offensichtlich auch die Aufstockung des Militäretats nicht. Hintergrund ist die angekündigte Profilierung als "Friedenspartei" für den Bundestagswahlkampf 2021. Der sicherheitspolitische Sprecher der SPD Felgentreu stellte daraufhin sein Amt zur Verfügung. Nach Kahrs und Bartels tritt damit der dritte Sicherheitspolitiker der SPD ab. Mützenich stellt sich in der Drohnenfrage auch gegen die Wehrbeauftragte Eva Högl, die noch von ihm für das Amt vorgeschlagen worden war. Nachfolgerin in der Funktion des sicherheitspolitischen Sprechers der SPD soll die Abgeordnete Siemtje Möller werden, die sich seit längerer Zeit auf diesem politischen Arbeitsfeld engagiert und einen Namen gemacht hat. Kommentierung dazu in: Baustelle Bundeswehr

- Laut Auskunft des Nationalen Territorialen Befehlshabers und Inspekteur SKB, Generalleutnant Schelleis, stehen gegenwärtig 20.000 Soldaten als "helfende Hände" bei der Pandemiebekämpfung in Bereitschaft. Die aktuelle Wahrnehmung fokussiert sich im Augenblick auf die personelle Unterstützung der Gesundheitsämter, welche die Soldaten in Uniform und unter Nennung ihres Dienstgrades bei unzähligen Kontakten mit Bürgern wahrnehmen. Eine besondere subsidiäre Hilfeleistung steht bei der Logistik für das nationale Impfprogramm

bevor, wo die Bundeswehr bei der Verteilung, vor allem aber sachgemäßen und sicheren Lagerung des Impfstoffes tätig werden wird.

- Der US-Kongress hat den Abzug von US-Truppen aus Deutschland vorerst blockiert! Sie seien für die Stabilität in der Region und US-Einsätze in Afrika und Afghanistan von großer Bedeutung.

November 2020

-Die Einsatzreife des Schützenpanzer PUMA (350 Ex.) soll im kommenden Jahr endgültig zum Abschluss kommen. Dennoch werden noch 170 weiterhin unverzichtbare Schützenpanzer MARDER mit neuen Nachtsichtgeräten für eine weitere Nutzung ausgestattet. Der von Rheinmetall entwickelte Schützenpanzer LYNX wird von Ungarn beschafft und ist auch in Australien und Tschechien ein Kandidat für die Ablösung älterer Modelle. In der Fachpresse wurde er schon als Rückfalllösung betrachtet, wenn die Einsatzreife des PUMA scheitern sollte.

- Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat die Beschaffung von 38 Eurofightern zur Ablösung der Maschinen der ersten Tranche genehmigt, da diese nicht für eine Umrüstung auf Mehrfachrollen geeignet und nur als Jäger einsetzbar sind, wie es das ursprüngliche Konzept des Jägers 90 auch vorsah.

-Der Historiker Sönke Neitzel setzt sich in seinem neuen Buch "Deutsche Krieger" mit dem Selbstverständnis deutscher Soldat in historischem Kontext vom Ersten



Weltkrieg bis heute auseinander. Dieses auch bei vielen Bundeswehrangehörigen vorhandene Selbstverständnis, dass zum Wesen des Militärs auch das Kämpfen gehöre, kontrastiere mit einer Politik und Gesellschaft, die eine kampfbereite Bundeswehr gar nicht wolle und sich der zentralen Frage, wozu die Bundeswehr da sei und wann man sie einsetze, nicht stelle. Eine Entfremdung sei so vorprogrammiert. Neitzel spricht von sogenannten "tribal cultures" in spezifischen Truppengattungen der Kampftruppen, die auch deshalb entstehen, weil die politische und militärische Führung wenig zur Identitätsstiftung und nachvollziehbaren Traditionsbildung der Truppe beitrage. Die "tribal cultures" orientieren sich an aktuellen und historischen Bildern des militärischen Handwerks und schließen dabei auch die Erfahrungen der Wehrmacht mit ein. Das Selbstverständnis des Kämpferkönnens und im Notfall auch Kämpferwollens werde zu Unrecht als Gefährdung der Demokratie missverstanden. Für das Traditionsverständnis könne man auch die kämpferischen Leistungen von Widerstandskämpfern und verdienten Soldaten der Bundeswehraufbaugeneration in der Wehrmacht nutzen. Neitzels Studie beruht u.a. auch auf der Auswertung zahlreicher persönlicher Dokumente und Interviewaussagen von Bundeswehrsoldaten, die bisher nicht an die Öffentlichkeit gelangt sind. So geht es auch um das Mitwissen von Bundeswehrangehörigen über amerikanische Tötungen von Gefangenen und Zivilisten in Afghanistan.

Oktober 2020

- In einem Artikel der Stiftung Wissenschaft und Politik sprachen sich der eh. Wehrbeauftragte Bartels und Generalleutnant a.D. Glatz für ein Überdenken der bisherigen Bundeswehrreformen aus. U.a. wird eine Korrektur der Auffächerung in sechs Teilstreitkräfte/Organisationsbereiche und eine Rückverlagerung der Verantwortung und Kapazitäten für Unterstützung und Materialverantwortung in die Teilstreitkräfte und Truppe gefordert.

Insgesamt müsse es wieder mehr Truppe und weniger Stäbe geben. Das BMVg sollte wieder einen zentralen Planungsstab für das Controlling erhalten. Für die operative Führung genügen die NATO-Stäbe, ggfs. könne man sich auch an die US-Führungsstruktur anlehnen, wenn die NATO politisch nicht handlungsfähig sei.

-Der MAD wird künftig von Martina Rosenberg geleitet.

-In Strausberg wurde das neue teilaktive ABC-Abwehrregiment 1 teilaufgestellt. Auch die ABC-Abwehrverbände 7 (Höxter) und 750 (Bruchsal) sollen zu teilaktiven ABC-Abwehrregimentern umgegliedert werden, die auch die nicht aktiven Komponenten der Ergänzungsbataillone 906 und 907 integrieren sollen.

-Die Bundeswehr hat 3200 Soldaten zur Unterstützung der kommunalen und föderalen Behörden zur Pandemiebekämpfung im Einsatz. Sie helfen vor allem in

den Gesundheitsämtern bei der Verfolgung von Ansteckungsketten. Insgesamt stehen weiterhin 15.000 Soldaten unter dem Kommando des Inspektors SKB als Oberster Nationaler Befehlshaber in Bereitschaft

- Die Beschaffung von 120.000 Sturmgewehren bei der Firma Haenel in Suhl steht in Frage, weil der Konkurrent patentrechtliche Ansprüche geltend macht, gegen die Haenel verstoßen haben soll. Es geht um Vorkehrungen zum Schutz der Verschlussfähigkeit bei Wassereinwirkung.

Die Verzögerung hat für die Einsatzbereitschaft der Truppe keine unmittelbaren Auswirkungen, da eine Vielzahl von neuen Handwaffen unterschiedlicher Konfiguration eingeführt worden ist und auch noch Bestände von G 3 und MG 3 im Bestand sind. Die Verzögerung der Beschaffung der schweren Transporthubschrauber ist für die Einsatzbereitschaft von größerer Tragweite und hat mit 5 Mrd. Euro ein größeres Volumen. In den Medien genießt aber das emotional mehr aufgeladene Thema der Sturmgewehre größere Beachtung.

-Die SPD-Fraktion in der Großen Koalition scheint bereit, der Beschaffung bewaffneter Drohnen zuzustimmen, wenn sie dem Schutze der Soldaten dienen. Ein fraktionsinterner Streit scheint aber nicht ausgeschlossen.

-Generalinspekteur Zorn hat sich kritisch zu der Übertechnisierung von Waffensystemen und ihrer Kriegstauglichkeit geäußert. Die Systeme müssten auch noch funktionieren, "wenn sie angeschossen sind". Eine Arbeitsgruppe wird sich mit diesem Thema beschäftigen.

September 2020

- Die Beschaffung von zwei Rüstungsprojekten verzögert sich. Die Angebote der US-Hersteller über die Lieferung von schweren Transporthubschraubern CH 54 K Sea Stallion oder CH 47 Chinook wurden als zu teuer und unwirtschaftlich bewertet und das Ausschreibungsverfahren erst einmal unterbrochen. Die angedachte Beteiligung der deutschen Industrie und die Ausstattungswünsche der Bundeswehr könnten auch dazu beigetragen haben. Mehr oder weniger realistische Ersatzlösungen wären u.a. Leasing, Kauf eines der beiden Modelle "von der Stange" oder die Erhöhung der Stückzahlen der NH 90. Mindestens 40 schwere Transporthubschrauber werden für die dringende Ablösung der CH 53 G aus den früheren 70er Jahren benötigt. - Der Handwaffenhersteller Heckler & Koch geht gegen die Beschaffungsentscheidung des BMVG bei der Einführung eines neuen Sturmgewehrs juristisch vor. Überraschend hatte sich das Ministerium für ein Produkt des Herstellers Haenel aus Suhl entschieden. Mutmaßlich geht es um das Modell MK 556. Die Beschaffung von 120.000 Sturmgewehren stellt einen Viertelmilliardenauftrag dar. Gegen die Suhler Firma wird die geringe Beschäftigtenzahl und die Zugehörigkeit zu einem arabischen Rüstungskonzern eingewendet. Das BMVG sah leichte Vorsprünge beim Produkt der Fa. Haenel, u.a. bei der Wirtschaftlichkeit. Die Verzögerungen bei beiden Projekten verschiebt auch die endgültige Entscheidung im Bundestag nach hinten.

-Die Verteidigungsministerin entließ den Chef des MAD. Es dürfte ein Zusammenhang mit der Bekämpfung von Rechtsextremismus bestehen.

-Die Luftwaffe hat in Kalkar/ Uedem ihr Weltraumlagezentrum zur Beobachtung des Weltraumverkehrs und der eigenen Satelliten vorgestellt. Mögliche Bedrohungen der eigenen Satelliten und durch aus der Umlaufbahn abstürzende Objekte sollen erkannt und ggfs. passive Gegenmaßnahmen (Warnungen, diplomatische Aktivitäten, Ausweichmanöver) ausgelöst werden. Als Sensoren stehen das German Experimental Surveillance and Tracking Radar GESTRA in Koblenz, das Weltraumradar des Fraunhofer-Instituts bei Bad Godesberg und Teleskope zur genaueren Objektbeobachtung zur Verfügung. Aktive Systeme im Weltraum zur Abwehr von Bedrohungen der eigenen Satelliten stehen nicht zur Verfügung. Derartige Bedrohungen können von gezielten Angriffen durch Satelliten oder am Erdboden gestartete Raketen ausgehen.

- Ein bundesweiter Probealarm per Warnapp NINA und Sirenen wurde zu einem Misserfolg, für den man eine Überlastung des Systems wegen unkoordinierten Vorgehens der zuständigen Stellen bei Bund und Ländern und das Fehl an Sirenen verantwortlich machte.

- Ein Speziallabor der Bundeswehr in München hat nachgewiesen, dass der russische Regimekritiker Nawalny mit dem russischen Nervenkampfstoff Nowitschok vergiftet

wurde. Nawalny wird derzeit in der Berliner Charité behandelt. Herstellung und Einsatz derartiger Stoffe verstoßen gegen das internationale Chemiewaffenabkommen, das auch Russland unterzeichnet hat.

## August 2020

- Im Juli 2020 hat die Bundeswehr wieder die Personalstärke 185.000 erreicht.
- Zum ersten Mal beteiligten sich Kampfflugzeuge der israelischen Luftwaffe an einer Übung auf deutschem Boden. In den Jahren zuvor waren Flugzeuge der Luftwaffe schon häufiger bei Manövern in Israel zu Gast. Zum Programm der Übungen gehörte auch ein Besuch in der Gedenkstätte Dachau mit einem gemeinsamen Überflug israelischer F 16 und deutscher Eurofighter.
- Wegen extremistischer Vorfälle wurde die 2. Kompanie des Kommandos Spezialkräfte in Calw aufgelöst. Zur Erinnerung: Einen vergleichbaren Vorgang gab es 1963 als eine Fallschirmjägerausbildungskompanie in Nagold wegen massiver Schikanen der Rekruten aufgelöst wurde.
- Die Trump-Administration verkündete jetzt Details für den Abzug von 12.000 US-Soldaten aus Deutschland. Etwas mehr als die Hälfte werden in die USA abgezogen, der andere Teil verlegt in andere europäische Länder. Das Hauptquartier für Spezialeinsätze in Stuttgart verlegt nach

Mons in Belgien zum NATO-Hauptquartier SHAPE. Der Stab des V.Korps ist für Polen vorgesehen. Ein Luftwaffenverband, mutmaßlich das taktische Kampfgeschwader in Spangdahlem, soll künftig in Italien stationiert sein. Ein Teil der Brigade in Grafenwöhr wird in die USA zurückkehren oder nach Italien verlegt. Pikantes Detail dieser Entscheidung, die mit den mangelnden Verteidigungsanstrengungen Deutschlands begründet wird und wohl auch als Wahlkampfaktion Trumps gesehen werden kann: Belgien gibt weniger als 1 % seines BIP für Verteidigung aus!

Juli 2020

- Frau Kramp-Karrenbauer stellte das Konzept für einen freiwilligen Wehrdienst von 12 Monaten in heimatnaher Verwendung ab dem kommenden Jahr vor. Freiwillige sollen nach einer drei monatigen Grundausbildung und viermonatigen Spezialausbildung nach ihrer Entlassung noch verbindlich fünf Monate als Reservedienstleistende für den Heimatschutz\* in einem Zeitraum von sechs Jahren zur Verfügung stehen. Ein Auslandseinsatz sei aber ausgeschlossen. Ein Einsatz in der territorialen Verbindungsorganisation mit Bezirks- und Kreisverbindungskommando dürfte nicht in Frage kommen, da die kurzdienenden Freiwilligen im Mannschaftsstatus bleiben. Das Konzept „Dein Jahr für Deutschland – Freiwillig im Heimatschutz“ könnte eine Verbesserung der Personallage bringen und den nicht

aktiven Heimatschutzkräften in den RSU-Kompanien eine sicheres Planungskontingent bieten.

-Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer verkündete als neues Grundsatzdokument die "Strategie der Reserve" als eine sichere Planungsgrundlage für den Aufwuchs der Bundeswehr um 100.000 Reservisten. Kernstück soll eine neue Grundbeordnung sein. Ausscheidende Soldaten, das sind ca. 15.000 im Jahr, sollen sechs Jahre lang für Reservistenfunktionen eingeplant werden können. Allerdings bleiben Übungen für Reservistendienstleistende unter Friedensbedingungen weiterhin freiwillig. Durch die Grundbeordnung hätte man allerdings eine feste kalkulierbare Planungsgrundlage für die Besetzung von Reservistendienstposten unter den Bedingungen des Spannungs- und Kriegsfall, in dem die Freiwilligkeit nicht mehr gilt. Das Führungspersonal soll die Ausbildung für den Reservistendienst schon in der aktiven Dienstzeit erhalten. Die (freiwillige) Weiterbildung während der Grundbeordnung ist in regionalen, heimatnahen Ausbildungseinrichtungen vorgesehen. Eine enge Anbindung an aktive Einheiten als nichtaktive Kompanien für Einsatz und Personalersatz soll den Reservisten eine militärische Heimat bieten. Die Reservisten sollen in ihren Einheiten auch über eine Vollausrüstung mit Gerät vorfinden.

- Für Überraschung sorgte die neue Wehrbeauftragte Eva Högl mit ihrer Forderung nach Wiedereinführung der Wehrpflicht. Während gelegentliche Forderungen dieser Art vor allem mit der personellen Einsatzfähigkeit der



Bundeswehr begründet werden, betrachtet Frau Högl die Aussetzung der Wehrpflicht vor 10 Jahren als großen Fehler, weil sie zum Rechtsradikalismus in der Truppe beigetragen habe. In allen Parteien mit Ausnahme der AFD regte sich Widerspruch. Die Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hält eine Wehrpflicht mit den gegenwärtigen Bundeswehrstrukturen für nicht vereinbar, möchte aber eine neue Form des Freiwilligendienstes in der Bundeswehr einführen und bekannte sich zu ihrer früheren Forderung nach einer allgemeinen gesellschaftlichen Dienstpflicht.

- Deutschland wird in der zweiten Jahreshälfte wieder für eine der beiden EU-Battlegroups als Führungsnation verantwortlich sein. Das ca. 4100 Soldaten umfassende Kontingent setzt sich aus Soldaten verschiedener Nationen zusammen ( D 2600 S., NL 730, Österreich 575, Kroatien 230, Tschechien 160, Irland 135 + Schweden, Finnland und Lettland). Die Battlegroups sollen ein sicherheitspolitisches Krisenreaktionsinstrument der EU sein und in einem fast 7000 km-Radius um Brüssel eingesetzt werden können, was aber bisher noch nicht der Fall war.

Juni 2020

- Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages genehmigte das Projekt von vier Mehrzweckkampfschiffen 180 mit einer Option für zwei weitere Schiffe. Den Zuschlag hat nach einer europaweiten Ausschreibung das

niederländische Damen-Konsortium erhalten gegen den Widerstand der deutschen Anbieter. Allerdings wird ein großer Teil des Bauauftrages in Deutschland abgewickelt. Die Schiffe sollen austauschbare Module erhalten und für eine Vielzahl von Aufgaben maßgerecht und flexibel ausgestattet werden können. In der modularen Auslegung wird auch wieder der Schwerpunkt auf den Kampf gegen feindliche Seestreitkräfte in allen drei Dimensionen möglich sein. Die Aufnahme verschiedener Module bzw. eingeschiffter Personale für Landmissionen und ein Wachstumspotential zur Erweiterung der Bewaffnung, z.B. Erhöhung der Flugkörperbewaffnung, führt erneut zu einem Anstieg der Tonnage neuer Schiffseinheiten der Deutschen Marine, die in den letzten Jahrzehnten bei den Fregatten der Klassen 123, 124 und 125 schon kontinuierlich gewachsen war. Die MKS 180 werden mit maximal 10.000 t das zweieinhalbfache Volumen der zurzeit auslaufenden Bremen-Fregatten Klasse 122 aufweisen und die Größenordnung von Fregatten verlassen und müssten nach gängiger maritimer Terminologie als Zerstörer oder gar Kreuzer bezeichnet werden, was aber politisch nicht gewollt sein könnte. Im Web-Auftritt der Bundeswehr wird die Bezeichnung Mehrzweckkampfschiff 180 mit der Betonung auf "Kampf" weiterhin verwendet. Die ersten sechs Bremen-Fregatten unterlagen noch den Tonnagebeschränkungen der Westeuropäischen Union, die für deutsche Kriegsschiffbauten in den 50er Jahren festgesetzt worden waren.

Die MKS 180 können die verschiedenen Missionsmodule wie z.B. "ASW-Lagebild" (U-Bootabwehr) oder "Gewahrsam" (Piratenbekämpfung) mit eigenen Mitteln (Bordkräne) austauschen. Die Stammbesatzung beträgt 114 Angehörige von Wechselbesatzung plus bis zu 80 Personen für missionsspezifische Module. Die Module müssen nicht für alle Schiffe beschafft werden und können an Land gelagert und gewartet werden. Die MKS 180 werden schon in der Grundbewaffnung mit Luftverteidigungsflugkörpern, Seezielflugkörpern und einem 127mm Geschütz mit reichweitengesteigerter Munition bewaffnet sein. Dazu kommt leichte Bewaffnung gegen asymmetrische Bedrohungen. Die deutsche Werft- und Ausrüstungsindustrie ist beteiligt. Das BMVg betont, dass die Schlüsseltechnologie des Überwasserkriegsschiffbaus künftig in deutsch-niederländischer Kooperation sichergestellt werden soll.

- Beim Marinefliegergeschwader 5 in Nordholz wurde die Indienststellung des Marinehubschraubers SEA LION nach mehrmonatiger Verzögerung begonnen. 18 Maschinen sollen bis 2023 die in den 70er Jahren in Dienst gestellten Seakin "ablösen. Neben der besonderen Rolle des SAR-Dienstes werden die SEA LION auch für allgemeine Transportaufgaben eingesetzt werden. Später ist auch eine Bordhubschrauberversion in 31 Exemplaren vorgesehen.

- Die Marine hat mit der "Nordrhein-Westfalen" die zweite Fregatte der Klasse 125 in Dienst gestellt.

- Die Firma Rheinmetall hat einen weiteren Großauftrag zur Beschaffung eines zweiten Loses von 540 geländegängigen Lastkraftwagen für die Bundeswehr erhalten. Der Rahmenvertrag sieht bis zu 4000 Fahrzeuge vor. Diese LKW mit Wechselpritschen sind schon in einem ersten Los bei der Truppe eingeführt (Kategorie 5t gl und 15 t gl ) und sollen zu einem großen Teil mit gepanzerten Kabinen ausgestattet werden können.

- Für die Jägertruppe sollen nach den Vorstellungen des Generalinspektors 85 Transportpanzer BOXER in einer Kampfversion mit 30-mm MK und PAL MELLIS beschafft werden (BOXER IFV).

- Wegen eines starken Anstiegs der Corona-Ansteckungszahlen im Umfeld eines fleischverarbeitenden Großbetriebs im Landkreis Gütersloh leistet die Bundeswehr Amtshilfe bei Maßnahmen des Landkreises und der Gesundheitsbehörden zur Pandemiebekämpfung

- Die Maßnahmen zur Kampferhaltung der acht Marinepatrouillenflugzeuge P 3 ORION wurden wegen geringer Erfolgsaussichten eingestellt. Die Marine sucht nach einer Zwischenlösung für die nächsten 15 - 20 Jahre bis zum geplanten Abschluss eines deutsch-französischen Projektes zur Seeaufklärung und U-Bootbekämpfung. Die ORION waren gebraucht von der niederländischen Marine

übernommen worden als Ersatz für die BREGUET ATLANTIC, die fast vier Jahrzehnte im Einsatz waren.

- Amerikanische und polnische Truppen setzen einen Teil des stark reduzierten Vorhabens "Defender 2020" mit Gefechtsübungen in Polen fort. Die ursprünglich geplante Beteiligung amphibischer Pionierkräfte der Bundeswehr aus Minden fand wegen der Corona-Entscheidungen nicht statt. Die Gefechtsübung von US-Truppen auf dem Truppenübungsplatz Bergen soll auch stattfinden.

- Durch eine Gesetzesänderung des Deutschen Bundestages soll die Entlassung von Soldaten wegen extremistischer Verfehlungen auch nach längerer Dienstzeit erleichtert werden.

- Laut Wall-Street Journal soll die Trump-Administration eine Reduktion der US-Truppen in Deutschland von 35.000 auf 25.000 planen. Dies wurde einige Tage später von Präsident Trump bestätigt und mit heftigen Vorwürfen gegenüber mangelnden deutschen Verteidigungsanstrengungen begründet. Offen bleibt, welche Truppen abgezogen werden und wo sie verbleiben könnten. Experten bezweifeln, dass die US-Streitkräfte auf die in Deutschland verbliebene militärische Infrastruktur problemlos verzichten könnten. Die immer wieder diskutierte Verlegung von US-Truppen nach Polen würde von der bisherigen NATO-Politik einer angemessenen, aber begrenzten Präsenz an der Ostflanke abweichen und sicher Auswirkungen auf das Verhältnis zu Russland haben.

- In der öffentlichen Diskussion häufen sich Meldungen und Stellungnahmen zu rechtsextremen Tendenzen im Kommando Spezialkräfte.

Besondere Aufmerksamkeit fand der Bericht des Kommandeurs und eines Hauptmanns aus dem Kommando über das Ausmaß der Verfehlungen. Das BMVg leitete eine Untersuchung ein. In der Diskussion tauchte die Forderung auf, die Spezialkräfte aller Organisationsbereiche unter dem zentralen Kommando des Ministeriums bzw. der Bw - Führung zu konzentrieren. Das BMVG hat eine Untersuchung eingeleitet nachdem eklatante Fälle von extremistischem Verhalten und illegale Waffenlager von Einzeltätern aufgedeckt worden waren.

- Der Tag der Bundeswehr wird zum ersten Mal als digitales Informationsangebot durchgeführt.

- Der aktuelle Rüstungsbericht des BMVG verzeichnet eine leichte Verbesserung der materiellen Einsatzbereitschaft gegenüber den Vorjahren. Die Quote bei den 68 Hauptsystemen liegt bei 70%, allerdings mit einer großen Spreizung mit 40 % bei den Hubschraubern und 90 % bei den LKW gl. Leichte Verbesserungen gab es bei den Eurofightern und Leopard II, aber der neue Spz Puma bleibt ein Sorgenkind.

- in der Ostsee fand das NATO-Seemanöver BALTOPS mit 27 Schiffen, 28 Flugzeugen und Hubschraubern sowie 3000 Militärangehörigen statt. Wegen der Pandemie waren Landaktivitäten

(amphibische Operationen, Landgänge) ausgefallen. Die Führung erfolgte im Marinehauptquartier NAVAL STRIKING AND SUPPORT FORCES in Lissabon (PO) unter Federführung der 6. US-Flotte. Die Deutsche Marine war mit der Fregatte Lübeck, dem Tanker Rhön, zwei Tendern und drei Minenjagdbooten beteiligt.

Mai 2020

- Die USA kündigen für November 2020 den Ausstieg aus dem Abkommen "Offener Himmel" an, das den Beitrittsstaaten regelmäßige Aufklärungsflüge über dem Gebiet von anderen Teilnehmerstaaten erlaubt. Die Bundeswehr hatte erst in jüngster Zeit einen für diese Zwecke umgerüsteten Airbus erhalten, der die Lücke einer durch Absturz im Süden Afrikas verlorenen Maschine nach mehreren Jahren endlich füllen sollte. Der Vorteil dieser Aufklärungsflüge gegenüber der Satellitenaufklärung besteht darin, dass unter den 34 Teilnehmerstaaten die Verpflichtung besteht, die Aufklärungsergebnisse gegenseitig mitzuteilen und Unstimmigkeiten in einem Kommunikationsprozess zu klären.

- Bei der im BMVg seit längerer Zeit angekündigten öffentlichen Anhörung zur Bewaffnung von Drohnen bei der Bundeswehr zeichnete sich keine Auflösung der Kontroverse zwischen den Argumenten einer militärischen Notwendigkeit bei der Absicherung eigener Soldaten in Kriseneinsätzen und den Bedenkenträgern ab, die sich an amerikanischer Einsatzpraxis orientieren und eine

mögliche Entwicklung zu moralisch und völkerrechtlich verwerflichem Missbrauch unterstellen. Eine Entscheidung wird sich weiter verzögern.

- Die von der SPD nominierte Abgeordnete Eva Högl wird zur neuen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gewählt. Im Konsens der Regierungskoalition liegt hier das Vorschlagsrecht bei der SPD. Bei der Personalauswahl setzte sich der SPD-Fraktionsführer Mützenich gegen den bisherigen Amtsinhaber Bartels und den Mitbewerber Kahrs aus der eigenen Partei durch. Bartels hatte das Amt mit großem Respekt in Öffentlichkeit, Parlament und Truppe wahrgenommen. Kahrs galt ebenfalls als Experte in Finanz- und Verteidigungspolitik. Die Entscheidung für Högl wird als Linksruck in der SPD gewertet. Kahrs kündigte nach dieser Entscheidung den Rückzug aus allen Ämtern an. Er gehört zum "Seeheimer Kreis", der sich der Tradition einer konservativeren und pragmatisch ausgerichteten Sozialdemokratie verpflichtet fühlt. Bartels hatte aus Fürsorge für die Truppe auch immer wieder die Defizite in der Ausstattung der Bundeswehr angemahnt.

*Frau Högl ist eine anerkannte Parlamentarierin, aber ohne sicherheitspolitische Expertise. Es bleibt abzuwarten, wie sie ihr Amt wahrnimmt, aber es zeichnet sich ab, dass sie sich mehr auf den inneren Zustand und die soziale Lage der Truppe konzentrieren und einer der politischen Linken ohnehin suspekten Stärkung der Einsatzfähigkeit weniger Aufmerksamkeit widmen wird. SPD-Fraktionschef Mützenich hatte sich schon vorher auch gegen die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe ausgesprochen. Die*



*Weiterentwicklung der Bundeswehr und sicherheitspolitischen Ausrichtung Deutschlands wird auch stark vom Ausgang der Bundestagswahl im nächsten Jahr abhängen. Auch die umfassende Verschuldung bei den Maßnahmen zur Bewältigung der sozialen und ökonomischen Folgen der Corona-Krise dürften die Planungen zur Stärkung der Einsatzbereitschaft und Einsatzstärke in Frage stellen. Die Sicherheitspolitik genießt in der öffentlichen Diskussion und politisch-gesellschaftlichen Priorisierung nur geringes Gewicht. Dagegen richtet sich die Aufmerksamkeit weiterhin sehr schnell auf die Sicherheitskräfte, wenn es um Verfehlungen im Bereich aktueller gesellschaftlicher Themen geht.*

- Seit Herbst 2019 hat die 7.Staffel des Heeresfliegerregiments 30 in Niederstetten sieben neue SAR-Hubschrauber von Airbus Helicopter erhalten. Die LUH SAR gehen auf den leichten Mehrzweckhubschrauber H 145 M zurück und sollen endgültig die letzten Exemplare der Bell UH-1 D ablösen, welche seit 1967 in der Bundeswehr für den militärischen Such- und Rettungsdienst über Land eingesetzt wurden. Für den SAR-Dienst See ist die Marine mit dem MFG 5 in Nordholz zuständig. Der LUH SAR hat 1,7 t Nutzlast und kann auch Feuerlöschbehälter als Außenlast befördern.

- Der Airbus A 400 M ist jetzt auch für den „Massenabsprung“ von Fallschirmjägern zertifiziert.

April 2020

- Der Bundestag genehmigte die Mittel für eine Verlängerung des deutsch-dänischen Projekts zur gemeinsamen Nutzung ziviler Roll-on-roll-off-Schiffe für den Seetransport.

- Die Bundeswehr wird die maritime Kontrolle des Waffenembargos gegenüber den Bürgerkriegsparteien in Libyen mit einem Patrouillenflugzeug P3 Orion unterstützen.

-Das BMVg hat jetzt offiziell seine Vorstellungen über die Nachfolge des Kampfflugzeugs Tornado bis 2030 präzisiert und die Ministerin den Verteidigungsausschuss informiert: Bis zu 93 Eurofighter in einer moderneren Version und 45 neue Versionen des US-Jets F 18 Super Hornet sollen die Aufgaben der 85 Tornado übernehmen. Die höhere Zahl der Maschinen erklärt sich aus dem Umstand, dass auch ca. 40 ältere Eurofighter der ersten Tranche ersetzt werden sollen, da sie nicht für Mehrzweckrollen ausgelegt sind. 30 F 18 sollen für konventionelle und nukleare Jagdbombereinsätze beschafft werden, 15 F 18 der Version Super Growler sollen die der NATO zugesagte Rolle bei der elektronischen Unterdrückung und Bekämpfung der gegnerischen Luftverteidigung übernehmen. Für die F 18 sprechen die schnelle Verfügbarkeit eines ausgereiften

Modells und geringere Probleme bei der nuklearen Zertifizierung. Die von Airbus vorgeschlagene Entwicklung einer Version des Eurofighters für elektronische Kampfführung würde mehr Zeit erfordern. Die relativ hohe Zahl von über 90 Eurofightern ist auch der nationalen und europäischen Industriepolitik geschuldet. Das deutsch-französische Projekt FCAS solle nicht gefährdet werden, deshalb wird ein bewährtes marktverfügbares US-Modell als Brückenlösung bis 2040 einem moderneren Zukunftsentwurf auf dem Markt (Anm.: F 35) vorgezogen. Der Betrieb des Tornados wird zunehmend teurer, da Ersatzteile nicht mehr aus der laufenden Produktion kommen, sondern nach Bedarf manufakturmäßig hergestellt werden müssen. Der Betrieb eines zweiten Kampfflugzeugmusters garantiert ein Minimum an Einsatzbereitschaft, wenn die Hauptflotte wegen technischer Probleme "gegroundet" werden muss. Kritik kam aus den Reihen des Koalitionspartners SPD und den Oppositionsparteien, die sich nicht genügend in die Entscheidung eingebunden fühlen. Frau Kramp-Karrenbauer betonte, am Anfang eines Entscheidungs- und Beschaffungsprozesses zu stehen und die SPD-Regierungsmitglieder Scholz und Maas informiert zu haben.

*Kommentierte Anmerkungen: Das Thema und der Handlungsbedarf war nicht wirklich neu und die Probleme bekannt. Der Koalitionspartner SPD ist vor allem in der Frage der nuklearen Teilhabe gespalten. Die längst überfällige Entscheidungsfindung im BMVg hat sich auch*

*aus diesen Gründen verzögert. Sachfremde Erwägungen wie die durchaus verständliche politische Distanz zur gegenwärtigen US-Administration, Rücksichten auf innerparteiliche Konstellationen und französische Vorbehalte gegen eine F 35-Beschaffung sind einer schnellen Entscheidungsfindung nicht förderlich. Die F 35 wäre das modernere Flugzeug und würde die Standardisierung auch in Europa (Nutzer UK,IT,NL,NO,BE,DK, TK?) erleichtern. Eine Weiterentwicklung des Eurofighter auch für den elektronischen Kampf käme auch dem FCAS-Projekt zugute. Andererseits ist die F 35 technisch nicht unumstritten und die F 18 erst einmal die sichere und schnellere Lösung für die Bereitstellung der geforderten Fähigkeiten. Die US-Navy wird das Modell auch noch bis 2040 nutzen. Als Trägerflugzeug kann man von einer robusten Auslegung ausgehen. Eine Erfahrung, die man zumindest mit der F 4 Phantom gemacht hat. Die in Planungspapieren geforderte Revitalisierung der Rolle Seekrieg aus der Luft wäre mit der F 18 sicher machbar. Allerdings war nicht zu lesen, wie die Aufklärungsrolle des Tornados fortgesetzt wird. Hier wären sicher auch Behälterlösungen mit dem Eurofighter denkbar. Dass in den Jahren der Sparpolitik nach 2009 von einer Nutzung der Tornado bis nach 2040 ausgegangen wurde, hat ebenfalls zur Verzögerung beigetragen. So glaubte man auch, die heikle Frage der nuklearen Teilhabe von der Tagesordnung halten zu können. Ein derartiges Beschaffungsprojekt mit einem Volumen von ggfs. 25*

*Mrd. € dürfte bei einer dauerhaft kritischen Nach-Corona-Lage sehr unter Beschuss geraten, ohne dass dabei sicherheitspolitische Argumente im Mittelpunkt stehen würden. Es ist sehr schwierig, aber unabdingbar, große politische Grundfragen wie soziale Sicherheit und Fürsorge, technologische und ökonomische Entwicklung, Klimaschutz und äußere Sicherheit gleichzeitig mit gleicher Aufmerksamkeit zu diskutieren und zu lösen und nicht der Versuchung zu erliegen, die Prioritäten aus subjektiven Motiven gegeneinander auszuspielen!*

-Unter dem Kommando der Streitkräftebasis stehen 15.000 Bundeswehrsoldaten für den Corona-Einsatz über den laufenden Sanitätsdienst und Unterstützungseinsatz hinaus in Bereitschaft. Die Kräfte verteilen sich folgendermaßen: 5500 Absicherung/Schutz, 6000 Unterstützung der Bevölkerung, 600 Feldjäger für Ordnungs-/Verkehrsaufgaben, 250 ABC-Abwehrsoldaten in 18 Dekontaminationsgruppen, 2500 Logistiksoldaten mit 500 LKW. Die Bundeswehr hat für die regionale Führung eines Katastropheneinsatzes eine Struktur geschaffen, die etwas an die alten Wehrbereichskommandos erinnert: 1.Panzerdivision (Oldenburg), Marinekommando Rostock, Luftwaffenkommando Berlin und 10.Panzerdivision (Veitshöchheim).

*Anmerkung: Das Kommando Territoriale Aufgaben hat sich auch bei den Flutkatastrophen in der Vergangenheit schon der Stäbe von Heeresverbänden bedient und verfügt für solche temporären Rollen über keine eigenen mobilen taktischen Führungskomponenten. Das*

*ist konzeptionell angelegt und keine Improvisation aufgrund eines Planungsdefizits des Heimatschutzes.*

März 2020

- Die Bundeswehr leistet in der Corona-Epidemie verstärkt zivil-militärische Unterstützung. Aufgrund zahlreicher Anfragen ziviler Stellen erbringt die Truppe verschiedene Hilfseinsätze aufgrund Artikel 35 GG. Nicht alle Anfragen nach Amtshilfe können positiv beantwortet werden. Die Bundeswehr muss weiterhin ihren Einsatzverpflichtungen gegenüber der NATO und bei Auslandseinsätzen nachkommen. Der Grundbetrieb im Inland musste mit Rücksicht auf den Gesundheitsschutz des eigenen Personals in vielen Bereichen reduziert werden. Im Sinne einer "Auflockerung" bleiben viele Soldaten daheim auf Abruf bis sie Kameraden im Schichtdienst ablösen. Dieser Gesundheitsschutz hat hohe Priorität, da die Bundeswehr bei einer Verschärfung der Lage noch stärker herangezogen werden muss, wenn die Lücken bei den zivilen Kräften zu groß geworden sein sollten. Man darf das Hilfepotential aber nicht an den Katastropheneinsätzen vergangener Jahrzehnte (Oderflut) messen. Durch die Priorisierung der Kriseneinsätze 2003-2014, verschärfte Sparmaßnahmen während der Finanzkrise und die Aussetzung der Wehrpflicht wurden Truppenstärken und Infrastruktur reduziert und Lagerbestände abgebaut. Viele Spezialfähigkeiten sind weiterhin vorhanden, aber in der Quantität früherer Jahre nicht mehr verfügbar. Das Aufwuchspotential beschränkt sich auf ca. 60.000 Reservedienstposten, von denen aber

nur 50 % durch Beorderungen unterlegt sind. Der in Zukunft geplante Zugriff auf Reservisten der Grundbeorderung aller ausgeschiedenen Soldaten ist noch nicht rechtlich geregelt.

Positiv zu vermelden ist die hohe Resonanz des Aufrufs "Reserve hilft". Es haben sich schon ca. 5000 freiwillige Reservisten - andere Meldungen nennen 10.000, - gemeldet , zu denen auch viele Freiwillige ohne Beorderung gehören. Die Ministerin nannte die Zahl von 75.000 Personen, deren Daten noch vorliegen und die für Reservistendienst in Frage kämen. Im Augenblick wird vor allem medizinisches Reservepotential für den Sanitätsdienst gesucht.

Die fünf Bundeswehrkrankenhäuser waren immer schon in die zivile Gesundheitsfürsorge integriert, machen aber nur einen kleinen Teil des Gesundheitswesens aus. Die Sanitätsversorgungszentren sind auf den Bedarf der Truppe und der mobile Sanitätsdienst auf die Einsatzverpflichtungen abgestellt. Hier ist im Zuge der Neuorientierung auf Bündnisverteidigung ein Ausbau geplant.

*Anmerkung:Bei den Auflösungen der nicht aktiven Truppenteile bis ca. 2008 dürften jetzt vor allem der vollständige Verzicht auf die Reservelazarettgruppen und im zivilen Bevölkerungsschutz die Deaktivierung der Hilfskrankenhäuser kritisch zu sehen sein. Die Defizite im Bevölkerungsschutz ungeachtet mancher Warnungen dürften nach der Krise zu Kontroversen führen.*

Die Organisationsverantwortung für Amtshilfe liegt bei der Streitkräftebasis. Der Kommandeur des Streitkräfteunterstützungskommandos, Generalleutnant Schelleis, fungiert als Nationaler Territorialer Befehlshaber. Ihm untersteht das Kommando Territoriale Aufgaben in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin, bei dem alle Fäden zurzeit zusammenlaufen. Das Kommando wird für die regionale Führung der Amtshilfe neben den ihm unmittelbar unterstehenden Landeskommandos auch andere Kommandobehörden aus allen Teilstreitkräften ein wie Divisionskommandos des Heeres (1. und 10.PzDiv in Oldenburg bzw. Veitshöchheim), das Marinekommando (Rostock) und das Luftwaffenkommando (Berlin -Gatow) einsetzen. Während bei früheren Katastropheneinsätzen Bundeswehrkräfte nach Anfrage aus dem Stand reaktiv eingesetzt wurden, wird im Augenblick für den Fall einer Lageverschlechterung ein strukturiertes Kräftedispositiv von 15.000 Soldaten als Vorsorge aufgebaut. Für Beschaffungen von medizinischem Material werden die Kapazitäten des Bundeswehrbeschaffungswesens genutzt.

Material wird in den Brennpunkten der Epidemie wie z.B. in Heinsberg verteilt. Der Sanitätsdienst bittet um Meldungen von Reservisten für Bundeswehrkrankenhäuser. Denkbar wären in kritischen Lagen auch logistische Unterstützungsleistungen, um Lieferketten sicherzustellen. Die Bundeswehr stellt Unterkünfte für Hilfspersonal und geschützte Lagerkapazitäten für



kritisches medizinisches Material zur Verfügung. Sie hat einige Teststationen eingerichtet und die ABC-Abwehrtruppe kann Teileinheiten zur Desinfektion bereithalten. LKW-Fahrer in Staus an der Grenze zu Polen wurden von der Truppe versorgt, Patienten aus dem Ausland im Lufttransport nach Deutschland verbracht. Ein Hilfskrankenhaus in Berlin wurde mit Bundeswehrhilfe aufgebaut. Das Streitkräfteunterstützungskommando berichtet auf der Webseite der Bundeswehr fortlaufend über die aktuellen Amtshilfeeinsätze. Eine verpflichtende Einberufung von Reservisten und den Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung der zivilen Ordnungskräfte lässt die Rechtslage nach bisher vorherrschender Meinung gegenwärtig nicht zu. Dieses Thema ist durch Überlegungen des Landes Baden-Württemberg wieder auf die Tagesordnung gekommen, da dort eine angespannte Lage bei den verfügbaren Polizeikräften befürchtet wird. Generell organisiert die Bundeswehr im Augenblick ihre Kräfte als Reserve für eine Lageverschlechterung, die auf Abruf bereit stehen soll, um mit der Planung den Abläufen und Anfragen voraus zu sein.

- Neugeworbene Freiwillige werden weiterhin offiziell ihren Dienst zu den Stichtagen beginnen ("administrativer Dienstantritt"), verbleiben aber erst zuhause und werden mit einem "Fernlehrprogramm" auf ihren Dienst vorbereitet. Die Grundausbildung wird dann zeitlich verschoben, ggfs. auch verkürzt, nachgeholt und durch zeitlich nach hinten versetzte Module ergänzt.

-Wegen der Corona-Epidemie sind die Übungsaktivitäten von US-Defender 2020 auf ein Minimum reduziert und weitere Transporte aus den USA eingestellt.

- Die Aufklärungsflüge der Luftwaffe im Rahmen der Terrorbekämpfung gegen den IS von Jordanien aus wurden erst einmal beendet. Die Tornados sind Ende März nach Deutschland zurückgekehrt. Fortgesetzt werden Einsätze zur Luftbetankung.

-Die Bundeswehrstärke ist auf 184.000 Soldaten gestiegen (Q.“Augen geradeaus”)

-Die Tornados der Luftwaffe sollen noch einmal im Bereich der Avionik (Rechner, Displays) modernisiert werden, um bis zum Ende ihrer Nutzung einsatzbereit zu bleiben. Da ihre Ablösung ab 2025 vorgesehen ist, ist eine Entscheidung über das Nachfolgemuster überfällig. Dies berührt in der Koalition umstrittene Themen wie die nukleare Teilhabe und die Beschaffung von US-Flugzeugen. *Die Entschlussfindung steht unter dem Druck französischer Einflussnahme und nationaler Industrielobbyisten, die auf zusätzliche Eurofighter drängen.* Diese müssten allerdings dem Einsatzspektrum des Tornado gemäß der Zusagen an die NATO (elektronische Kampfführung, nukleare Rolle) angepasst werden (s.u.). Nach vorliegenden Pressemeldungen (27.3.2020) soll eine Entscheidung über die Beschaffung von 90 neuen Eurofightern und 45 F 18 (30 für nukleare Teilhabe, 15 Eloka-Version "Growler") zur Ablösung der

verbliebenen 90 Tornados und den älteren Eurofightern der Tranche 1 bevorstehen.

Allerdings dürften alle Haushaltsentscheidungen bei den noch nicht absehbaren Folgen der Epidemie mit großen Fragezeichen zu versehen sein!

-Der Generalinspekteur plant ein übergeordnetes Kommando für die Führung der Landstreitkräfte. Als Standort ist Münster mit der noch genutzten eh. Luftwaffenkaserne in der Richthofenstraße und der bereits geräumten Blücher-Kaserne in der Einsteinstr. im Gespräch.

-Die Bundeswehr wird für die weiträumige, luftgestützte, signalabbildende, weiträumige Aufklärung (SIGINT) nach dem gescheiterten Global Hawk- Projekt auch keine Triton- Drohnen, ein System der US-Navy, erhalten. Triton würde absehbar ebenfalls an der mangelnden Zulassung für den europäischen Luftverkehr scheitern. Seit der Außerdienststellung der letzten Breguet Atlantic 2011, die nicht nur als Seefernaufklärer eingesetzt wurden, sondern in der SIGINT-Variante auch Aufklärungsausstattungen für die elektronische Aufklärung in fernen und großen Einsatzgebieten zum Einsatz brachten, besteht in diesem Bereich eine Aufklärungslücke. Für die Bundeswehr wurde dafür das neue Aufklärungssystem ISIS entwickelt, das nun in neu zu beschaffende bemannte Flugzeuge des Typs Bombardier Global 6000 eingerüstet werden soll, um das Defizit schnell zu beheben, da mit Drohnen-trägersystem vorerst nicht zu rechnen ist, die

Flugzeuge aber zügig zu beschaffen und einsatzbereit zu machen sind. Allerdings sind dabei Abstriche bei der Einsatzdauer und beim Umfang der Aufklärungsräume hinzunehmen.

Februar 2020

-Die Luftwaffe evakuierte mit ihren Langstreckenflugzeugen Airbus deutsche Staatsbürger aus dem chinesischen Wuhan, wo die Corona-Epidemie ausgebrochen war. Eine Quarantäne der Evakuierten wurde in einer Luftwaffenkaserne in Germersheim durchgeführt.

-Die Münchener Sicherheitskonferenz wurde erneut zum Diskussionsforum für Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Militärs. Leitthema war die zunehmende Herausforderung der westlichen Vorstellungen bei der Lösung globaler Probleme und eines Ordnungsrahmens für Frieden und Zusammenarbeit. Als Konferenztitel war das Kunstwort "Westlessness" gewählt worden. Der Konferenzleiter Wolfgang Ischinger konnte als prominente Teilnehmer neben dem Bundespräsidenten und Mitgliedern der Bundesregierung den französische Präsidenten Macron und die Außenminister Lavrov (R), Pompeo (USA) und Wang Yi (China) begrüßen. Auch die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi war als Teilnehmer einer großen US-Delegation erschienen. Bundespräsident Steinmeyer hielt eine besonders kritische Rede zum Verhalten der politischen

Mächte gegenüber einer regelbasierten internationalen Ordnung und fehlender Geschlossenheit der Europäer. Steinmeyer schloss das Verhalten Deutschlands ausdrücklich in seine Ermahnungen ein. Präsident Macron verzichtete publikumswirksam auf eine Grundsatzrede und stellte sich sofort der Fragen des Plenums, während Pompeo und Lavrov resistent gegenüber aller Kritik ihre Sicht der Dinge vom Katheder her verkündeten.

Die Münchener Sicherheitskonferenz bietet abseits der im Fokus stehenden Auftritte der Politiker im Plenum in vielen Teilveranstaltungen ein Forum für zahlreiche Kontakte und Gespräche von Verantwortungsträgern, Experten und Publizisten.

- Ende Februar beginnt die entscheidende Phase von "Defender 2020". US-Soldaten treffen u.a. auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel und Schiffstransporte in Bremerhaven ein. In der Logistikschule Garlstedt und auf dem Truppenübungsplatz Bergen wurden durch die Kräfte des Logistikkommandos Unterkünfte für die US-Truppe eingerichtet.

Dazu wurden die ehemals britischen Kasernen in Fallingbommel wiederhergerichtet, die künftig auch von der Bundeswehr genutzt werden. In Bergen entstand ein mobiles Feldtanklager. Gerät aus Mannheim wird an der Eisenbahnrampe Bergen entladen und mit Tiefladern der Bundeswehr nach Fallingbommel verfrachtet.

Januar 2020

- Das US-Manöver "Defender 2020" befindet sich in einer Vorbereitungsphase. Eine komplette US-Division soll befristet nach Europa verlegt werden, um die Verfahren einer Verstärkung für die Bündnisverteidigung zu erproben. Die US-Soldaten und Gerät werden zuerst nach Deutschland verlegt, um dort ihre Einsatzbereitschaft herzustellen. Außerdem wird Gerät aus den vorgeschobenen US-Gerätedepots in Mannheim, Dülmen und Zutendaals (BE) zum gleichen Zweck auf die Truppenübungsplätze Bergen und Grafenwöhr sowie nach Polen verlegt. Anschließend wird in Osteuropa und auch auf deutschen Truppenübungsplätzen (Bergen, Oberlausitz) in Deutschland eine Serie von Übungen stattfinden. Danach erfolgt die Rückverlegung bis zur Jahresmitte. Die Bundeswehr unterstützt durch Host Nation Support beim Transport und bei der Unterbringung. Die Transitrouten durch Deutschland auf Straßen und Schienen bewegen sich u.a. auf den Achsen Aachen - Düsseldorf - Dortmund - Hannover - Berlin - Polen, Bremen/Hamburg - Berlin-Polen sowie Düsseldorf - Mannheim - Görlitz. Die Bundeswehr wird entlang der Routen Rasträume einrichten. Die Konvois von Radfahrzeugen sollen sich in kleinen Gruppen nachts bewegen. Anlandungshäfen werden Bremerhaven, Rotterdam und Vlissingen sein. Material soll zum Teil auch aus den Niederlanden per Binnenschiff nach Krefeld und Duisburg verfrachtet und dort auf Schiene und Straße umgeschlagen werden. Im Vorfeld wurde die Belastbarkeit

von Brücken und das Verladen von US-Gerät auf deutsche Schwerlasttransportfahrzeuge erprobt. Das in Ulm entstehende Joint Force Enabling Command wird bei der Übung einer ersten Bewährungsprobe unterz

Dezember 2019

- Einer Meldung im Spiegel zufolge, bezweifelt die Heeresführung, dass der komplette Aufwuchs auf drei voll einsatzbereite Divisionen für das Bündnis mit der Finanzplanung und der Personalentwicklung zu realisieren ist. Eine dritte Division könne möglicherweise nur als Kaderverband aufgestellt werden, der durch Reservisten aufwachsen muss.

November 2019

- Die Marine wird wegen fehlender technischer Dokumentation den Flugbetrieb mit den zulaufenden Marinehubschraubern MH 90 SEA LION noch nicht aufnehmen.

- Airbus stellt eine Anpassung des Eurofighters an die SEAD-Rolle der ab 2025 außer Dienst zu stellenden ECR-Tornado vor. Eine Entscheidung über die Nachfolge ist noch nicht in Sicht.

Oktober 2019:

- Das Verteidigungsministerium hat eine neue Strategie für die Reserve beschlossen. So ist künftig eine allgemeine

Grundbeorderung für ausscheidende Soldaten von sechs Jahren vorgesehen. Damit soll vor allem der Bedarf in der Verstärkungsreserve gedeckt werden.

Reservedienstleistungen sollen allerdings freiwillig bleiben. Die Ausbildung soll durch ein Ausbildungszentrum, durch Wochenendausbildungen und Fernlehrgänge unterstützt werden. Reservetruppenteile sollen die gleiche Ausstattung und Infrastruktur wie aktive Einheiten erhalten.

- In Deutschland beginnen die Vorbereitungen für die Verlegeübung "Defender 2020". Die USA werden im kommenden Frühjahr im Rahmen einer befristeten Übung eine komplette Panzerdivision über die BENELUX-Staaten und Deutschland nach Polen verlegen, um die Verfahren zur Verstärkung der Bündnisverteidigung zu erproben. Das Gerät ist teilweise in Depots in den Niederlanden, Belgien, Deutschland (Dülmen) und Polen vorausstationiert. Zu keinem Zeitpunkt sollen die Obergrenzen von 13.000 Soldaten aufgrund der Wiener Vereinbarungen überschritten werden. Insgesamt werden bei der mehrmonatigen Übung 37.000 Soldaten aus den USA und den Transitländern involviert sein.

- Der erste von 104 Leopard II A 7 V wurde von Krauss-Maffei-Wegmann an die Bundeswehr übergeben. Diese modernisierte Version verfügt über Verbesserungen beim Schutz, in der Feuerleitung und Klimatisierung.

- Bei der Informationslehrübung Landoperationen 2019 in der Lüneburger Heide wurden neben den Fähigkeiten des Heeres im schweren Gefecht auch Stationen zur



Transitlogistik Reception Staging Onward Movement (RSOM), der Sanitätsversorgung und des Cyberwar presented. Beteiligt war auch eine Panzereinheit aus Österreich und eine Panzergrenadiereinheit aus den Niederlanden.

September 2019:

- Das Joint Support Enabling Command (JSEC) in Ulm hat eine Erstbefähigung erreicht. Es soll Transporte von Truppen der NATO in ganz Europa organisieren.
- Der Airbus A 400 M hat seine Befähigung zur Luftbetankung u.a. von Hubschraubern nachgewiesen
- Saudi-arabische Ölanlagen am Persischen Golf wurden mutmaßlich durch Drohnen in Brand gesetzt. Beschuldigt wird der Iran als Urheber des Anschlags.

August 2019

- Die mittelfristige Finanzplanung des Bundesfinanzministers sieht keinen kontinuierlichen Anstieg der Militärausgaben vor. Die Ausgaben werden 2022 43,8 Mrd. @ nicht mehr übersteigen. Der tatsächliche Bedarf läge bei einem Aufwuchs des Etats auf ca. 55 bis 60 Mrd. @ um die Planungsziele für 2031 zu erreichen
- Die kritische Lage am Persischen Golf erhöht den Druck durch die USA auf Deutschland, sich an

der Marinepräsenz den USA und Großbritanniens zu beteiligen. In den offiziellen Verlautbarungen fürchtet die Bundesregierung eine Eskalation der Konfrontation mit dem Iran, schließt aber eine Reaktion in europäischem Rahmen nicht ganz aus. Kritiker dieser Position sehen eine Verpflichtung der Handelsnation Deutschland, sich an der Freihaltung der internationalen Seewege zu beteiligen.

- Seit Anfang des Monats ist der INF-Vertrag mit dem Verbot landgestützter nuklearer Lenkwaffensysteme im Reichweitenspektrum 500 bis 5500 km außer Kraft. Die Gegner des Vertrages im Westen verweisen nicht nur auf russische Verstöße, sondern auch darauf, dass die Verbreitung von Mittelstreckenwaffen in mehreren Staaten der Welt die amerikanisch-russische Vereinbarung entwertet hat.

Man sollte anmerken, dass das Abkommen seegestützte Nuklearwaffen dieser Reichweiten ohnehin nicht kontrolliert und die nukleare Bedrohung von See her immer weiter bestanden hatte. Kritiker fürchten einen Zusammenbruch der internationalen Rüstungskontrolle, wenn auch das Abkommen über die Begrenzung der strategischen Langstreckenwaffen (START) 2020 ausläuft. Die USA argumentieren, dass auch China in diesen Prozess eingebunden werden müsse, während der INF-Vertrag sich nur auf Europa beschränke. Während die USA und Russland ihre Systeme qualitativ verbessert, aber quantitativ abgebaut haben, besteht bei China ein großer Nachholbedarf, mit den alten Weltmächten

quantitativ mitzuhalten und hat keine Interesse an strategischer Rüstungsbegrenzung .

- Der Generalinspekteur gab bekannt, dass folgende ursprünglich zur Schließung vorgesehenen Standorte von der Bundeswehr weiter genutzt werden sollen: Fliegerhorst Kaufbeuren (durch ZSan, SKB), Flugplatz Diepholz (durch Lw, ZSan), Fliegerhorstkaserne Trollenhagen ( durch CIR), Barnimkaserne Strausberg (durch CIR, SKB), Theodor-Körner-Kaserne Lüneburg (durch Heer, ZSan), Jägerkaserne Bückeburg (durch Heer), eh. Luftwaffenkaserne Richthofenstr. Münster (durch Heer) Liegenschaft Brühler Str. Köln (durch Heer, Personalmanagement) Boelckekaserne Kerpen (durch ZSan, SKB) Klotzbergkaserne Idar-Oberstein (durch Heer) und Junkerskaserne Alt-Duvenstedt = Unterkunft Fliegerhorst Hohn (durch Marine, wahrscheinlich Seebataillon). Die Aufgabe der Liegenschaft Feldafing am Starnberger See (Schule für Informationstechnik) wird in Teilen ab 2020 erfolgen, die übrige Liegenschaft wahrscheinlich noch bis 2027 genutzt.

*Es handelt sich also primär um Nutzung durch die "Dienstleister" im Sinne der Funktionsfähigkeit der Truppe und nicht um eine Ausweitung der Kampfkraft durch "Force-Provider" .*

- Geplant sind auch die Aufstellung eines dritten ABC-Abwehrverbandes in Strausberg und des Stabes eines Logistikregiments in Burg mit unterstellten Logistikbataillonen in Delmenhorst, Burg und Beelitz. Die

Marine wird zwei Tender von Warnemünde nach Kiel verlegen, um in Warnemünde Platz für die Aufnahme des zweiten Loses Korvetten zu schaffen.

- Die Deutsche Marine hat für den Ersatz der 22 SEALYNX-Bordhubschrauber zur U-Boot-Jagd zum Ende des nächsten Jahrzehnts jetzt die Marineversion des NATO -Hubschraubers 90 ausgewählt. Das Muster ist bei Partner-Marinen schon einige Zeit im Einsatz, bei der Deutschen Marine favorisierte man lange ein anderes Muster. Es werden 30 Hubschrauber gefordert. Bei der Marine wird ab 2019 schon in 18 Exemplaren der Marinehubschrauber 90 in der SAR- und Transportversion eingeführt, um die überalterten 21 SEAKING abzulösen. Sie sind für Rettungsflüge über See unverzichtbar, werden aber auch als Transportmittel, z.B. auf Versorgungsschiffen, benötigt. Die Hubschrauber der Deutschen Marine und acht Patrouillenflugzeuge ORION sind auf der Basis Nordholz bei Cuxhaven beheimatet. Die U-Jagdhubschrauber werden in jeweils zwei Exemplaren auf Fregatten im Einsatz eingeschifft und verfügen dort über einen Hangar. Eine Reihe von Schiffseinheiten haben auch Start- und Landeplattformen, können die Hubschrauber aber nicht dauerhaft an Bord nehmen. Für die SAR-Einsätze gibt es auch kleine Außenstützpunkte auf Helgoland und in Warnemünde.

Juli 2019

- Am 1.7. kam bei einem Absturz eines Hubschraubers der Internationalen Heeresfliegerschule Bückeburg eine angehende Fluglehrerin ums Leben.
- Die neue Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat neben der militärischen Zusammenarbeit in Europa auch die besondere Rolle der NATO für die deutsche Sicherheitspolitik hervorgehoben. Sie forderte, die laut NATO-Beschluss vorgesehenen Verteidigungsausgaben von 2% des BSP auch durch Deutschland in die Tat umzusetzen. Die neue Ministerin warb für vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen ihr und der Truppe.
- Die Übergriffe auf Tanker in der Straße von Hormuz haben zu Diskussionen über einen deutschen Beitrag zur Sicherung der Seewege in diesem Raum geführt. In der Vergangenheit hat es in den Gewässern um die arabische Halbinsel schon öfter Anschläge mit kleinen z.T. ferngesteuerten Booten gegeben.
- Nach der Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die Trump-Administration gibt es in den westlichen Staaten einen Disput zwischen "Falken", die in Anlehnung an die USA, Saudi-Arabien und Israel eine harte Linie gegenüber dem Regime in Teheran verfolgen und "Diplomaten", die keinen Bruch mit dem Iran riskieren wollen.

Juni 2019

- Am 24. Juni stürzten über Mecklenburg zwei EUROFIGHTER nach einer Kollision ab, ein Pilot kam dabei ums Leben. Die Maschinen gehörten zum taktischen Luftwaffengeschwader 73 „Steinhoff“ in Rostock-Laage. Über die Unglücksursache ist noch nichts bekannt. Der Eurofighter hat seit 2004 ohne Absturz 104.000 Flugstunden absolviert. Eine schon längere Zeit zurückliegende Kollision mit einem Zieldarstellungsflugzeug über dem Sauerland hatte ein Eurofighter überstanden.

- Im Juni haben das Firmenkonsortium aus MBDA Deutschland und Lockheed Martin ein Angebot an das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr für das taktische Luftverteidigungssystem TLVS vorgelegt. Das System soll gleichzeitig auf mehrere Bedrohungen in verschiedenen Distanzen reagieren können (bemannte und unbemannte Luftfahrzeuge, ballistische Raketen). Es soll auch neue künftige Sensoren und Waffensysteme einbinden können. Das ehemals MEADS genannte Projekt steht in Konkurrenz zu dem kontinuierlich von dem amerikanischen Hersteller Raytheon weiterentwickelten Flugabwehrraketensystem Patriot, für das sich zahlreiche europäische Staaten entschieden haben. Zu den ursprünglichen Nutzern USA, Deutschland und die Niederlande sind in den letzten Jahren Griechenland, Spanien und in jüngster Zeit auch Polen, Rumänien und Schweden hinzugekommen. Auch der Bundestag hat in

diesem Monat ein Upgrade auf den Stand Patriot 3 + genehmigt, um die zwölf Feuereinheiten auch 2030 noch wirksam einsetzen zu können. Kritiker des PATRIOT-Systems hegen Zweifel an seiner gesicherten Fähigkeit zur Abwehr ballistischer Raketen und verweisen auf das größere Entwicklungspotential von TLVS. Raytheon und sein deutscher Partner Rheinmetall führen deutlich niedrigere Kosten für zwölf Feuereinheiten ins Feld.

- Auf der Luftfahrtshow in Le Bourget haben die Verteidigungsminister Frankreichs, Deutschlands und Spaniens einen Vertrag zur gemeinsamen Entwicklung eines Future Combat Air Systems FCAS und der dazu gehörenden Waffen- und Sensorenausstattung geschlossen. Dabei soll auch künstliche Intelligenz für lernende Systeme, zum Beispiel beim Triebwerk, genutzt werden. Das System soll in einem Netzwerk von bemannten und unbemannten fliegenden und stationären Wirkkörpern, Aufklärungs- und Führungsmitteln agieren können.

- Die Bundeswehr wird bald wieder über ein eigenes Beobachtungsflugzeug für Einsätze im Rahmen des Rüstungskontrollvertrages „offener Himmel“ verfügen. Die Lufthansa Technik AG übergab einen umgebauten Airbus A319 C, in den noch die erforderliche Aufklärungsausrüstung (Kameras, Infrarotsensor) eingerüstet werden muss. Das Flugzeug bietet auch Platz für den Mitflug von Personal aus den überflogenen Staaten und der Partner. Die Maschine soll auch von anderen Nutzern gemietet werden können, wie das die Bundeswehr

nach dem Verlust ihres ersten Einsatzflugzeuges dieser Art bei einem Flug nach Südafrika vor einigen Jahren auch getan hat.

- Im Vorfeld der NATO Übung DRAGON der schnellen Speerspitzenkräfte in Polen übten die von der Panzerlehrbrigade 9 gestellte Very High Readiness Joint Task Force VJTF und die Streitkräftebasis in der Oberlausitz die Verlegung und logistische Vorbereitung eines derartigen Einsatzes. Aus 30 Standorten wurden die Kräfte auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz zusammengeführt und versorgt. Diese Verfahren für Reception, Staging und Onward Movement RSOM spielen im Rahmen der Rückversicherung der östlichen Bündnispartner eine immer größere Rolle. Nach dieser Übung NOBLE JUMP für die VJTF und BRAVE DEPARTURE der SKB auf deutschem Boden folgte die Verlegung nach Polen und Teilnahme an der eigentlichen Gefechtsübung DRAGON mit deutschen, polnischen, niederländischen und norwegischen Truppen, die in einem Schießen auf dem Truppenübungsplatz Zagan ihren Höhepunkt fand.

- An der Elbe bei Bodenteich übten im Rahmen von GREEN GRIFFIN die deutschen niederländischen Teile der Division schnelle Kräfte die verschiedenen Einsatzszenarien luftbeweglicher Kräfte bei schnellen Vorausoperationen. Luftlandungen und das Zusammenwirken von Fallschirmjägern und Hubschrauberkräften wurden im freien Gelände trainiert.



- Im Juni erfolgte mit drei Jahren Verzögerung die Indienststellung der Fregatte „Baden-Württemberg“ (F2 22) in Wilhelmshaven bei der Einsatzflottille 2. Die Fregatten der neuen Klasse F 125 zeichnen sich durch einen hohen Automationsgrad und lange Wartungsintervalle aus. Im Vergleich zu den jetzt auslaufenden Fregatten der „Bremen“ Klasse (F 122) ist die Stammbesatzung von 200 auf 120 Besatzungsangehörige gesunken. Die F 125-Klasse soll bis zu zwei Jahre in Einsatzgebieten verbleiben können und ist für Szenarien der weltweiten Konflikt- und Krisenbewältigung unter asymmetrischer Bedrohung optimiert. Das 127 mm -Geschütz befähigt auch zur Landzielbekämpfung. Diese Schiffseinheiten mussten von den Werften nachgebessert werden und die Anlage zur elektronischen Kampfführung bedarf auch noch der Überarbeitung. Diese Fregatten werden für die laufenden Einsätze von der Marine dringend benötigt, auch wenn sie nicht auf die neu bewertete Rolle der Seekriegführung im Rahmen der Landes- und Bündnisverteidigung optimiert sind. Von den abzulösenden Fregatten 122 der „Bremen“-Klasse aus den 80er Jahren sind nur noch zwei verfügbar. Die U-Boot Abwehr und Luftverteidigung spielte bei der Konzeption der F 125 eine geringere Rolle. Die F 125 können auch ca. 60 Militärangestellte für andere Einsatzaufgaben (Landoperationen, Boarding-Einsätze usw.) an Bord nehmen und als Führungsschiff dienen. Noch in diesem Jahr soll die zweite von vier Einheiten dieser Klasse, die Fregatte „Nordrhein Westfalen“ (F223) übergeben werden.

- Die Marine wartet auch auf eine Entscheidung über die Ausschreibung zum MKS 180. Das Mehrzweckkampfschiff 180 soll in der Lage sein, Ziele in der Luft an Land, über und unter Wasser zu bekämpfen. Das Schiff soll zwei Jahre in einem Einsatzgebiet operieren können und durch Missionsmodule zum Beispiel für U-Boot Jagd oder Minenabwehr auch sehr schnell nachgerüstet werden können. Die Verzögerungen des Projekts verursachen große Engpässe bei der Einsatzplanung der Marine, da zum Ende des kommenden Jahrzehnts auch die vier Einheiten der „Brandenburg“-Klasse 123 abgelöst werden müssen.

- Eine gewisse Entlastung wird die relativ zügige Entscheidung und Realisierung über ein zweites Los von Korvetten 130 bringen, deren erste Einheit sich bereits in Bau befindet.

Mai 2019

- Unter dem Dach des Landeskommmando Bayern wurde in München das erste Landesregiment in Dienst gestellt. Dieser mit etwa 500 Reservisten ausgeplante Verband soll für Sicherungsaufgaben, Katastrophenhilfe und Host Nation Support zur Verfügung stehen. Er hat einen aktiven Führungskader von 5 Soldaten. Das Regiment integriert die schon bestehenden drei RSU-Kompanien in Bayern. Die größte Herausforderung dürfte neben der dauerhaften Gewinnung von Reservepersonal sicher die Ausstattung mit eigenem Gerät sein.

April 2019

- Am Standort Delmenhorst ist die Aufstellung eines zusätzlichen, mit 200 aktiven Soldaten allerdings nur teilaktiven Logistikbataillons vorgesehen. Das Logistikbataillon 163 (neu) soll im Rahmen der zentralen Host Nation Support Aufgaben für " Reception, Staging und Onward Movement (RSOM)" vor allem für die Aufnahme amerikanischer Kräfte in Häfen zur Verfügung stehen.

- Die Bundeswehr testete beim Logistikbataillon 171 in Burg die Verwendung von Exoskeletten zur Unterstützung von Logistiksoldaten bei schweren körperlichen Tätigkeiten wie beim Umgang mit Munitionskisten.

März 2019

- In den Medien kursieren Meldungen, dass sich die CDU-Vorsitzende Kramp-Karrenbauer mit Rückendeckung der Kanzlerin für den Bau eines deutsch-französischen Flugzeugträgers ausgesprochen haben soll. Gleichzeitig deuten die mittelfristigen Finanzplanungszahlen des Finanzministers und Vizekanzlers Scholz wieder auf rückläufige Anteile des Verteidigungshaushaltes hin.

- Kritische Kommentare verweisen auf das Fehlen einer gemeinsamen strategischen Einsatzkonzeption und eine notwendige Mindestzahl von zwei Trägern, um eine halbwegs dauerhafte Verfügbarkeit zu garantieren. Es gibt

bereits ein gemeinsames deutsch-französisches Kampfflugzeug- und ein Kampfpanzerprojekt um die Systeme RAFALE, EUROFIGHTER, LECLERC und LEOPARD II abzulösen. Das künftige gemeinsame Kampfflugzeug wird als Nachfolger der RAFALE auch über deren Trägertauglichkeit verfügen müssen. In der Diskussion um das künftige Fähigkeitsprofil der Bundeswehr war auch von einer Wiederbelebung der Seezielbekämpfung aus der Luft die Rede. Die Marine hatte in den alten Strukturen vor der Scharpingreform über Jagdbomber verfügt (SEAHAWK, dann F 104 G, zuletzt TORNADO), die von Landbasen aus den Seekrieg aus der Luft führen konnten und dabei nicht nur an ihre Heimatbasen Jagel und Eggebek auf dem "Flugzeugträger Schleswig-Holstein" gebunden waren. Die mehr als kritische Lage beim Sachstand Gerät in der ganzen Bundeswehr und die ungewissen Finanzperspektiven dürften die Ambitionen eines Trägers ad absurdum führen. *Beim jüngsten Sachstandsbericht war leider wieder Geheimhaltung angesagt, aber durchgesickerte Zahlen verheißen keine Besserung. Zudem ist sehr ungewiss, ob alle Teile der Großen Koalition oder künftiger Koalitionen hinter einer finanziellen Trendwende stehen werden. (s.u)*

Februar 2019

- Mit dem neuen Gesetz zur "nachhaltigen Verbesserung der personellen Einsatzbereitschaft" der Bundeswehr ist eine Vielzahl von sozialen und finanziellen

Verbesserungen für Soldaten vorgesehen. Dazu gehören auch Erleichterungen und eine Flexibilisierung für den Reservistendienst (z.B. Streckung der Gesundheitskontrollen, Teilzeitdienst). Die Reservisten rücken noch mehr in den Fokus, weil sie Personallücken füllen müssen.

- Die Beschaffung eines schweren Transporthubschraubers incl. Materialerhaltungsleistungen wurde ausgeschrieben. Kandidaten sind die Chinook CH 47 von Boeing und CH 47 K von Sikorsky. Dafür sind Haushaltsmittel von 5,6 Mrd. € bis 2031 eingeplant. Die Stückzahl bewegt sich laut den Vorgaben des Generalinspektors zwischen 45 - 60. Die Diskussion fokussiert sich vor allem auf die CH 47 als marktverfügbares und im Bündnis weitverbreitetes Modell und die noch nicht abgeschlossene Entwicklung der CH 53 K mit besseren Leistungsdaten.

- Die Bundesregierung hat gegenüber der NATO in dem Strategic Level Report angezeigt, dass Deutschland bis 2024 seine Verteidigungsausgaben auf einen Anteil von 1,5 % des BSP bis 2024 steigern wird. Das auch von Deutschland auf dem Gipfel von Wales 2014 beschlossene 2% Ziel wird damit noch nicht erreicht. *Auch die zugesagten 1,5 % mit 60 Mrd. € im Einzelplan 14 dürften bei kritischer Wahrnehmung der politischen Landschaft nicht von allen die Regierung tragenden politischen Kräften dauerhaft unterstützt werden. Die ständigen Diskussionen um die materielle Einsatzbereitschaft und Auseinandersetzungen um*

*Auftragsvergaben im BMVg sind hier nicht förderlich und liefern den Gegnern einer Aufstockung der Mittel viel Munition.*

- Auf der Sicherheitskonferenz in München manifestieren sich die Gegensätze zwischen der Trump-Administration und Bundeskanzlerin Merkel in Fragen der internationalen Wirtschaftsordnung und multilateralen Sicherheit.

- Im Raum Halle/Leipzig soll ein ressortübergreifendes Forschungszentrum für Cybersicherheit des BMVg, Bundesinnenministeriums und der Bundesländer entstehen.

- Die USA und die russische Föderation steigen aus dem INF-Abkommen von 1987 über das Verbot der Entwicklung landgestützter Mittelstreckenwaffen zwischen 500 und 5000 km Reichweite aus. Befürworter der Rüstungskontrolle hoffen noch auf ein neues Abkommen, bei dem auch andere Partner wie China eingebunden werden könnten. Vertragspartner beim INF-Abkommen waren nur Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion und die USA, nicht die NATO! Allerdings hatte damals auch die Bundeswehr ihre im Rahmen der nuklearen Teilhabe betriebenen Pershing I-Raketen mit 700 km Reichweite bis 1991 ausgemustert. Seegestützte Raketen und Marschflugkörper dieser Reichweiten hatten das Abkommen nicht erfasst und sind auf beiden Seiten vorhanden. Präsident Putin hat die Entwicklung neuer Raketenwaffen als Antwort auf die Kündigung durch die USA und eine Neuverhandlung vorerst abgelehnt. Eine

Stationierung würde es aber nur als Reaktion auf eine Stationierung von derartigen Systemen durch die USA geben. Experten vermuten, dass der Ausstieg aus dem INF-Abkommen weniger auf eine Konfrontation der USA und Russlands als auf den Versuch, andere Nuklearstaaten zur Rüstungskontrolle zu bewegen, zurückgeht.

- Die Bundeswehr und DB haben vertraglich vereinbart, dass die Bahn 2019-20 dreihundert Waggons für militärische Transporte vorhält und Personal, Lokomotiven und Trassen für zwei Zugfahrten täglich bereitstellen kann. Im Rahmen der deutschen Beteiligung an der Rückversicherung an der NATO-Ostgrenze sind z.B. Transporte von Bergen und Wulfen (MunDp) nach Litauen vorgesehen (Loyal 2/19).

- Der NATO-Partner Ungarn wird 44 neue LEOPARD 2 A7 und 24 neue Panzerhaubitzen 2000 beschaffen und erhält 12 gebrauchte Leopard A 4.

Januar 2019

- Bei der Nachfolgefrage des TORNADO ist eine erste Vorentscheidung gefallen. Es stehen laut BMVg nur noch der EUROFIGHTER oder eine neuere Version der F 18 zur Wahl. Das modernere, aber noch mit technischen Problemen behaftete Tarnkappenflugzeug F 35 LIGHTNING II kommt nicht in Frage. Das Nachfolgemuster soll die Übergangszeit bis zur ab 2040 geplanten Verfügbarkeit eines neu entwickelten

deutsch-französischen "Kampfflugzeuges der Zukunft (Future Combat Air System) " überbrücken. Das Ergebnis der endgültigen Entscheidung - EUROFIGHTER oder F18 oder ein Mix von beiden - sei aber offen und abhängig von der Darlegung der Hersteller zu den gestellten Anforderungen. Ungeachtet der endgültigen Entscheidung über den Nachfolger des TORNADO werden die 33 älteren EUROFIGHTER der ersten Tranche ohnehin durch neue Versionen ersetzt(Q.Wiegold, a.a.O.). Wenn Italien seine TORNADO 2023 außer Dienst stellt, wäre von den ehemaligen Nutzern UK, IT und D nur noch die deutsche Luftwaffe Betreiber dieses ab 1981 in Dienst gestellten Mehrzweckkampfflugzeuges.

*Kommentierung: Für die F 18 könnte die leichtere Zertifizierung für die Möglichkeit des Nukleareinsatzes bei einem Modell amerikanischer Herkunft und ihre schon verfügbare Einsatz-Rolle bei SEAD (Suppression Enemy Air Defence-Unterdrückung der gegnerischen Luftabwehr) sprechen. Beide Aufgaben stehen im Pflichtenheft Deutschlands für die NATO. Als erprobtes Standardträgerflugzeug der US Navy böte die F 18 auch den Wiedereinstieg in die Option Seekrieg aus der Luft, die das neue Fähigkeitsprofil der Bundeswehr fordert. Die Boeing F 18 HORNET beruht auf einem Modell aus den 70er Jahren, stellt aber mit der F/A\* 18 SUPER HORNET von 2001 eine Neuentwicklung dar, die auch von der US-Navy noch lange genutzt werden wird. Die Auslegung mit zwei Triebwerken fördert die Flugsicherheit. Erinnerungen an die Einführung der*



*Phantom F 4, eines robusten, ausgereiften, d.h. bei der Einführung schon älteren Kampfflugzeuges der US-Navy als "Übergangslösung" für die F 104-Verluste werden wach. Die Übergangspase dauerte bekanntlich von 1971 bis 2013!*

A\*=Attack

- Eine gemischte Lösung mit 30-40 neueren EUROFIGHTERN und ca. 40-50 F 18 für die von den TLG 33 in Büchel und TLG 51 in Jagel abgedeckten Fähigkeiten wäre auch denkbar, um die Rollen konventioneller Jagdbomber, SEAD, bemannte Luftaufklärung, nukleare Teilhabe und ggfs. auch wieder Seekrieg aus der Luft wahrzunehmen.

- Mit dem Verzicht auf die F 35 LIGHTNING II schließt sich Deutschland nicht der Entscheidung vieler westlicher Staaten (USA, UK, IT, NL, NO, DK, TK, BE, Israel, Australien, Südkorea...) für ein Radartarnkappenflugzeug mit aufwändiger Elektronik für einen digitalisierten Luftkrieg an. *Die vom Hersteller Lockheed Martin versprochenen Kostensenkungen durch hohe Stückzahlen und die Möglichkeit der Standardisierung und Kooperation mit anderen Luftwaffen hat das BMVg wohl ebenso wenig überzeugt wie die Perspektive, mit der F 35 im Notfall eine noch zeitgemäße Ausweichlösung für den Fall eines Scheiterns des deutsch-französischen FCAS zu haben. Die Auswahl unterliegt mehreren politischen, ökonomischen und militärischen Parametern, die sich in Stichworten so umreißen lassen: zu erwartende Widerstände in der Öffentlichkeit und Koalition gegen die Beschaffung von US-Flugzeugen in der Ära Trump,*

*zunehmende Bedeutung (und Kontroverse) der nuklearen Teilhabe angesichts des Endes des INF-Vertrages, französische Bedenken gegen eine deutsche Beschaffung eines neueren US-Kampfflugzeugs, das als Alternative zum dt.-frz. Kooperationsprojekt FCAS denkbar wäre, Interessen der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie und deren Versprechen, den EUROFIGHTER an die Rollen des TORNADO anzupassen, Fragen der Materialerhaltung und Lebenszeitkosten eines offensichtlich noch nicht ausgereiften Flugzeugmusters, angesichts der schon vorhandenen Probleme bei der Erhaltung der Einsatzbereitschaft der jetzigen EUROFIGHTER, vielseitige Verwendbarkeit und Überlebensfähigkeit des Tornadonachfolgers, Einstieg in die digitalisierte mit vielen Systemen (Drohnen, Satelliten etc.) vernetzten künftigen Luftkriegführung.*

- Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten Bartels (SPD) für 2018 kritisiert erneut massive Mängel bei der Ausstattung, Einsatzbereitschaft des Geräts und des Beschaffungsmanagements. Die sich häufenden Meldungen über ausfallende Regierungsflüge durch Probleme mit den Maschinen der Flugbereitschaft und die Meldungen über die Kostenexplosion bei dem Segelschulschiff Gorch Fock sind dabei nur die publikumswirksame Spitze des Eisbergs. Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten lieferte erneut alarmierende Zahlen über den Klarstand der Hauptwaffensysteme LEOPARD II, Schützenpanzer PUMA, EUROFIGHTER und Airbus A 400 M,

Schiffseinheiten stehen für Missionen nicht zur Verfügung und an der persönlichen Ausstattung für den Einsatz mangelt es weiterhin.

- Die USA werden in den nächsten Wochen ihre Truppen in Polen im Rahmen der Rotation austauschen. Dabei wird es zu Truppenbewegungen von Antwerpen Richtung Polen auf dem Straßen- und Schienenweg kommen, bei denen Deutschland als Host Nation gefordert sein wird. Aufgrund früherer Zusicherungen an Russland stationiert die NATO keine festen Truppenteile dauerhaft an ihrer Peripherie im Osten und ersetzt die dort präsenten nichtpolnischen Truppenteile in gewissen Zeitabständen.

- Die Bundeswehr wird sich vorläufig nicht weiter an der Operation "Sophia" zur Schleuserbekämpfung im Mittelmeer beteiligen. Hintergrund sind die italienischen Widerstände gegen die Übernahme von Flüchtlingen und die großen Engpässe bei der Verfügbarkeit von Schiffseinheiten.

- In einem Tagesbefehl verkündet Generalinspekteur Zorn, dass acht ortsfeste logistischen Einrichtungen, die ursprünglich zur Schließung vorgesehen waren, weitergenutzt werden: Materiallager Hardheim (BW), Munitionsdepot Altheim (BW), Munitionslager Lorup (NS), Materiallager Königswinter (NRW), Materiallager Ladelund (SH), Materiallager Huchenfeld (BW). Wieder in Betrieb genommen werden das Materiallager Bargum (SH) und das Munitionsdepot Kriegsfeld (RP). Es werden etwa 600 vorwiegend zivile Dienstposten benötigt und 200

Millionen € investiert. Die Umsetzung der Planung erfolgt im Zeitraum 2020 bis 2031. Die fünf zusätzlichen Materialdepots sollen u.a. wieder eine Bevorratung von Ersatz- und Austauschteilen ermöglichen. Die drei zusätzlichen Munitionslager sind eine Voraussetzung für die Aufstockung der Munitionsvorräte für die Bündnis-/Landesverteidigung .

- Bei der Schneekatastrophe in Oberbayern sind über 1100 Bundeswehrangehörige im Hilfseinsatz. Sie kommen vor allem von der Gebirgsbrigade 23. Die Soldaten räumen Straßen, Dächer und versorgen schwer zugängliche Siedlungen. Dabei sind die bei der Gebirgstruppe eingesetzten Überschneefahrzeuge von Hägglund sehr hilfreich. Eine Verdoppelung der Einsatzstärke ist durch Zuführung von Kräften der Panzerbrigade 12 und der Deutsch-Französischen Brigade eingeleitet. Eine besondere Premiere hatte auch ein Exemplar der beim Hubschraubertransportgeschwader 64 der Luftwaffe in Laupheim stationierten Airbus H145M LUH SOF, die für den besonderen Bedarf des KSK beschafft worden waren. Einer dieser Hubschrauber wurde zusammen mit Heeresbergführern zur Sprengung von Lawinen eingesetzt.

- NATO-Generalsekretär Stoltenberg schließt eine Nachrüstung der NATO mit Mittelstreckenwaffen nicht aus, falls Russland weiterhin das INF-Abkommen von 1987 mit der Stationierung des Marschflugkörpers SSC-8 verletzt. Bundesaußenminister Maas lehnt eine Nachrüstung mit

Hinweis auf ein neues Wettrüsten und zu erwartende Widerstände in Deutschland ab.

- Das Transportflugzeug A 400 M wird einen zweiten Standort erhalten. Die zentrale Basis des Lufttransportgeschwaders 62 in Wunstorf wird bis 2025 um die Stationierung von einem Dutzend Maschinen auf dem Fliegerhorst Lechfeld bei Augsburg erweitert. Begründet wird dies mit der Bereitstellung von Flugzeugen für multinationale Kooperation. Hintergrund der Entscheidung ist aber auch wohl die Tatsache, dass die Luftwaffe alle 53 bestellten Maschinen abnehmen wird und ein Verkauf von Maschinen nicht erfolgt. Auf der Basis Lechfeld war bis 2013 das Jagdbombergeschwader 32 stationiert, dessen Tornado in der SEAD-Rolle zur Bekämpfung der gegnerischen Luftverteidigung operieren konnte. Diese Aufgabe hat jetzt das Taktische Luftwaffengeschwader 51 in Jagel übernommen.

Kommentierung: Nach den Reduzierungen der letzten Jahre sind von der einst umfangreichen fliegerischen Infrastruktur der Luftwaffe in Süddeutschland nur noch die Einsatzbasis des TLG 74 in Neuburg/Donau und die nur noch eingeschränkt militärisch genutzten Flugplätze in Manching, Erding, Penzing und Kaufbeuren verblieben. Der Klarstand bei der A 400 M scheint sich zu verbessern, allerdings fehlen noch wesentliche Teile der Schutzausstattung. Da die Fähigkeit zum Starten und Landen auf Behelfspisten nicht den ursprünglichen Erwartungen entspricht, soll gemeinsam mit Frankreich eine kleine Zahl von Hercules Transportflugzeugen C 160

in den USA beschafft und gemeinsam auf dem Stützpunkt Evreux in Frankreich betrieben werden. Diese Befähigung ist vor allem für Evakuierungsoperationen erforderlich. Das BMVg verweist auf die Leistungsfähigkeit der A 400 M beim Langstreckentransport. Das durch Lieferverzögerungen, technische Probleme und Kostensteigerungen belastete Flugzeug war ursprünglich als Plattform für die Verlegung von Truppen incl. schwerem Gerät wie Hubschraubern und Schützenpanzern PUMA gedacht. Schweres Gerät wird aber bevorzugt mit angemieteten Schwerlasttransportern ziviler Anbieter aus Osteuropa befördert und der Einsatz von Bundeswehreinheiten in fernerer Regionen wird wohl gegenüber der Bündnisverteidigung in Europa erst an die zweite Stelle bei den Prioritäten treten.

- Der Abschlussbericht der Untersuchungskommission zum Absturz eines Kampfhubschraubers TIGER in Mali stellte Fehler bei der Wartung durch den Hersteller und mangelnde Kontrolle dieser Arbeiten durch Techniker der Bundeswehr als Ursache fest. Falsche Einstellungen an den Rotorblättern hätten zu einer instabilen Fluglage und zu einem Absturz mit dem Tod der beiden Besatzungsmitglieder geführt.

Dezember 2018:

- Zum Jahresende soll laut Information des BMVg der militärische Personalbestand der Bundeswehr mit 182.000

den höchsten Stand seit längerer Zeit erreicht habende facto waren es dann nur 181.274 (Wiegold, a.a.O.)

- Die Bundeswehr gibt das Feldlager Prizren auf. Damit ist der Kosovo-Einsatz weitgehend abgeschlossen.

- In Munster wird ein Erprobungsverband für die voll digitalisierte Gefechtsführung aufgestellt (50 Soldaten, 60 Fahrzeuge). Die Digitalisierung der Führungs- und Funkausstattung soll nach den Vorstellungen der Heeresführung parallel zur Aufstellung der bis 2027 einsatzbereiten 10. Panzerdivision in den zwei weiteren bis 2032 voll aufzustellenden Divisionen erprobt werden.

- Die Ministerin, Frau von der Leyen, verkündete außerdem die geplante Aktivstellung eines sechsten Panzerbataillons (Nr. 363) in Hardheim. Damit bleibt dieser baden-württembergische Standort erhalten. Das Bataillon geht aus der Substanz der beiden aktiven Kompanien des gekaderten Gebirgspanzerbataillons 8 hervor, die bisher den Panzerbataillonen 393 (Bad Frankenhausen) und 104 (Pfreimd) unterstellt waren und am neuen Standort um eine Stabs-Versorgungskompanie und eine weitere Panzerkompanie ergänzt werden. Damit würde das Heer künftig wieder über sechs vollaktive Panzerbataillone verfügen, deren materielle Ausstattung mit zum Teil in Modernisierung befindlichen zusätzlichen LEOPARD II aber noch Zeit brauchen wird. Die Stückzahl soll auf ca. 320 LEOPARD II (A6 oder A 7) aufgestockt werden.

- Das Abgeordnetenbüro von Jens Spahn (CDU) informierte die Presse darüber, dass die

Theodor-Blank-Kaserne in Rheine-Bentlage weiter genutzt wird. In der Presse ist von der Stationierung von Einheiten des zentralen Sanitätsdienstes der Bundeswehr die Rede. Nachtrag: In Bentlage wird das neue Sanitätsregiment 4 mit Teilen aufgestellt.

Herbst 2018

- Bei dem NATO Manöver "Trident Juncture" in Norwegen übte die NATO die Bündnisverteidigung in der Größenordnung von 50.000 Soldaten. Im Mittelpunkt standen die Verlegung von NATO-Truppen über größere Distanzen und der Einsatz in der Verteidigung in allen Gefechtsarten. Eine Provokation Russlands sollte durch die Wahl des Übungsraums vermieden werden. Nukleare Szenarien und ein Aufmarsch unter Kriegsbedingungen blieben ausgeklammert. Allerdings war auch ein US-Flugzeugträger beteiligt. Die Nichtbündnispartner Schweden und Finnland nahmen ebenfalls teil. Die Bundeswehr stellte mit 8000 Soldaten das zweitgrößte Truppenkontingent nach den USA. Im besonderen Fokus standen die übenden Teile der Panzerbrigade (L) 9 aus Munster, die u.a. mit 16 LEOPARD II zur Übungspartei "Blau" gehörten. Die Brigade stellt 2019 den Rahmen für die "Speerspitzenbrigade" VJTF (Very High Readiness Task Force). Die VJTF soll als multinationaler Gefechtsverband der NATO binnen kürzester Frist für die Bündnisverteidigung einsetzbar sein.



- Die Bundeswehr war auch bei der Übungspartei "Rot" mit Gebirgsjägern beteiligt. Besonders beachtet wurde auch der amphibische Einsatz der Pioniere aus Minden, die mit ihren M3 Brückenfahrzeugen einen wesentlichen Fähigkeitsbeitrag zu den im Bündnis recht knapp gewordenen Schwimmbrückenkapazitäten leisten. Die Luftwaffe sollte mit PATRIOT-Systemen den Luftraum über den Heeresverbänden schützen, die in der Bundeswehr über keine eigenen Luftverteidigungskräfte mehr verfügen. Die Zahl von 10.000 Fahrzeugen, dazu 250 Flugzeuge und 65 Schiffe, unterstreicht die logistische Dimension des Unternehmens. Die deutsche Seeeverladung auf zivile Roll-On-Roll-Off Schiffe erfolgte in Emden. Westliche Partner haben einen Teil ihrer Kräfte auch im kompletten Landmarsch nach Norwegen verlegt.

Die logistische Einsatzbasis der SKB wurde in Oslo-Gardemoen durch das Logistikbataillon 172 aus Beelitz als Teil des National Support Element (NSE) eingerichtet. Das Versorgungsbataillon 141 (Neustadt am Rübenberge) unterstützte weiter nördlich in Rena und Trysel die übende deutsche Kampftruppe. (Quelle: Loyal 12/2018 und Informationen eines Teilnehmers)

Oktober 2018:

- Die Bundeswehr umfasst 180.195 Soldatinnen und Soldaten, davon 7710 freiwillig Wehrdienstleistende (Q: Wiegold, Augengeradeaus.net). Für 2023 wird vom BMVg ein Umfang von 203.000 angestrebt.

September 2018:

- Das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr für den Planungszeitraum bis 2032 wurde vom Generalinspekteur, General Zorn, unterzeichnet. Details unterliegen der Geheimhaltung, es wurden nur Grundzüge vorgestellt. Die Planung geht für 2032 von 8 voll einsatzbereiten und voll ausgestatteten Heeresbrigaden, 25 seegehenden Schiffseinheiten und einer gemischten Luftwaffengruppe für die Bündnisverteidigung aus. Das Heer plant in folgenden Etappen: 2023 eine voll einsatzbereite Brigade (PzGrenBrig 37 Frankenberg) für die VJTF, 2027 eine voll einsatzbereite Division (10. Panzerdivision Veitshöchheim), 2032 drei einsatzbereite Divisionen.